



BUNDESMINISTERIUM
FÜR NACHHALTIGKEIT
UND TOURISMUS

Bundesanstalt für Bergbauernfragen
A-1030 Wien, Marxerg. 2/M,
Tel.: +431.5048869-20, Fax.: +431.5048869-39
georg.wiesinger@berggebiete.at
www.berggebiete.at

ÖGS Österreichische
Gesellschaft für
Soziologie

Arbeitsgemeinschaft ländliche Sozialforschung (ÖGS Österreichische Gesellschaft für Soziologie – Sektion Ländliche Sozialforschung)

Protokoll der Sitzung vom 16. März 2018

An der **85. Sitzung** der Arbeitsgemeinschaft nahmen teil:

Aschenbrenner (Österreichisches Kuratorium für Landtechnik und Landentwicklung), Bauchinger (Bundesanstalt für Bergbauernfragen), Dax (Bundesanstalt für Bergbauernfragen), Faber (Landwirtschaftliche Fachschule Poysdorf), Fehrer (BMNT, Abt. II/1 Grundsatzabteilung Agrarpolitik und Datenmanagement), Fischnaller (Oberösterreichische Zukunftsakademie), Foldal (Universität für Bodenkultur, Institut für Bodenforschung), Chr. Gruber (Wien), E. Gruber (Universität Wien, Institut für Geographie und Regionalforschung), Hambrusch (Bundesanstalt für Agrarwirtschaft), Hemetsberger (Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, Abt. Raumordnung und Regionalpolitik), Hovorka (Bundesanstalt für Bergbauernfragen), Lützel (Universität Wien, Institut für Ostasienwissenschaften, Abt. Japanologie), Machold (Bundesanstalt für Bergbauernfragen), Manzenreiter (Universität Wien, Institut für Ostasienwissenschaften, Abt. Japanologie), Chr. Mayer (Bundesamt Statistik Österreich), Oedl-Wieser (Bundesanstalt für Bergbauernfragen), Penz (Gartentherapie, Geragogik, Gartenpädagogik, Wiener Neustadt), Pevetz (ehem. Bundesanstalt für Agrarwirtschaft), Piatti-Fünfkirchen (LFBÖ Land & Forst Betriebe Österreich), Plank (Universität für Bodenkultur, Institut für Soziale Ökologie), Psihoda (Universität Wien, Institut für Soziologie), Raith (Gänserndorf), Rosenwirth (BMNT, Abt. II/9 Bildung, Innovation, Lokale Entwicklung und Zusammenarbeit), Schaller (Universität für Bodenkultur Wien, Institut für Agrar- und Forstökonomie), Schorn (Universität Wien, Institut für Geographie und Regionalforschung), Schwaiger (ECO Plus Niederösterreichs Regionale Entwicklungsagentur GmbH), Semanek (IGLR Institut für Geschichte des ländlichen Raumes, St. Pölten), Spreitzer (BMASK Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz), Stumfol (Technische Universität Wien, Department für Regionalplanung und Regionalentwicklung), Tamme (Bundesanstalt für Bergbauernfragen), Tritscher (Amt der Niederösterreichischen Landesregierung Abt. Raumordnung und Regionalpolitik Landesgeschäftsstelle für Dorferneuerung), Wagner (Bundesanstalt für Agrarwirtschaft), Wiesinger (Bundesanstalt für Bergbauernfragen)

Entschuldigt haben sich:

Amann, Brier, Brauer, Burger-Scheidlin, Danhel, Darnhofer, Dax, Egartner, Ehlers, Eigelsreiter-Jashari, T. Fischer, Freyer, Fux, Garstenauer, Gehmacher, Getzner, Grasberger, E.-M. Griesbacher, Gschnell, Gwechenberger, Haase, Häfele, Hancvencl, Haring, Heistingner, Hirschmugl-Fuchs, Hirte, B. Hofer, O. Hofer, Hoffmann, Högl, Höllinger, Holthus, Holtkamp, Kapferer, Kirner, Köck, Kolland, Kortschak, Kroismayr, Lampalzer, Langthaler, Larcher, Loibl, Lukesch, Mallossek, Mehrl, Mlinaritsch, R. Müller, Neugschwandtner, Panholzer, Pass, Penker, Penz, Putzing, J. Resch, Rest, R. Richter, Rockenbauer-Peirl,

Rossier, Schmuckenschlager, Schermer, Schipfer, Schmitt, Scholly-Bachinger, Schwaiger, Seiser, Štastný, Stoppacher, Stotten, Strasser, Strempl, Strummer, Strumpf, Strutzmann, Thünauer, Tunst-Kamleitner, Urlesberger, Vogel, M. Vogt, Welan, G. Wieser, Wilhelm, Wogowitsch, Wohlmeyer, Wonneberger, Ziehaus, Zsilincsar

In Vertretung des Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft **Wieser** begrüßt **Oedl-Wieser** alle Anwesenden recht herzlich und eröffnet die Sitzung.

Im ersten Beitrag präsentierte **Lena Schaller**, promovierte Agrarökonomin am *Institut für Agrar- und Forstökonomie der Universität für Bodenkultur Wien*, Erfahrungen aus dem Horizon2020 Projekt PROVIDE „**Zielgerichtete Lösungen für eine verbesserte Bereitstellung öffentlicher Güter aus der Landwirtschaft**“. Horizon2020 ist ein EU-Förderprogramm für Forschung und Innovation der Europäischen Kommission. Das Projekt PROVIDE (*Providing a Conceptual Basis, Tools, Improved Incentive and Policy Options to support the "smart" Provision of Public Goods and Avoidance of Public Bads*, grant agreement No. 633838) hatte ein Schwesterprojekt, das Projekt PEGASUS (*Public Ecosystem Goods and Services from Land Management – Unlocking the Synergies*, grant agreement No. 633814), welches unter anderem auch an der *Bundesanstalt für Bergbauernfragen* bearbeitet wurde. Am Institut für Agrar- und Forstökonomie ist Schaller die Hauptprojektbearbeiterin. Unterstützt wird sie von Projekt- und Institutsleiter *Jochen Kandelhardt*, sowie weiteren Institutsmitgliedern und einigen studentischen MitarbeiterInnen. Das Projekt ist -anders als PEGASUS- noch nicht abgeschlossen. Die Fertigstellung ist für Ende August 2018 geplant. Bei einer Abschlusskonferenz in Wien sollen dann auch die endgültigen Ergebnisse vorgestellt werden.

Das Gesamtbudget von PROVIDE beträgt 2,9 Mio. Euro. Beteiligt sind 14 Partner aus 13 EU-Ländern. Die Laufzeit beträgt drei Jahre, mit Beginn 1. September 2015. Ziel des Projekts ist es, eine konzeptionelle Basis zu schaffen, Instrumente zu entwickeln und Förderungen und Politikoptionen zu erarbeiten, die eine „clevere“ Bereitstellung öffentlicher Güter aus der Land- und Forstwirtschaft gewährleisten können und die auch eventuelle „Public Bads“, d.h. das Gegenteil eines öffentlichen Gutes, vermindern können. Dass die EU Kommission zwei Projekte mit insgesamt 6 Mio. Euro fördert, zeigt das große Interesse und die Wichtigkeit des Themas der öffentlichen Güter aus der Land- und Forstwirtschaft. Es ist absehbar, dass dieses Förderthema u.a. aufgrund des Brexits auch weiterhin wichtig bleiben wird, da aufgrund des Fehlens von Mitteln v.a. in der *Zweiten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)* Lösungen gesucht werden müssen, die effizienter sind als diejenigen, die es zurzeit gibt.

Das Projekt PROVIDE wird von *Davide Viaggi* von der *Universität Bologna* koordiniert und gliedert sich in 6 Arbeitspakete (sog. *Work Packages, WP*). WP1 ist für die Projektkoordination zuständig. In WP3 befasste sich ein Partner in den Niederlanden mit der Kartierung, dem „Mapping“, öffentlicher Gütern. Dabei wurden Karten erstellt, die zeigen, wo in Europa welche öffentlichen Güter bereitgestellt werden und wo es mit dieser Bereitstellung Probleme gibt. WP4 beschäftigte sich mit der monetären Bewertung öffentlicher Güter. Dabei kamen Bewertungsmethoden wie *Choice Experiments* (vgl. z.B. Holmes et al (2017)) oder *Kosten-Nutzen-Analysen (CBA Cost-Benefit-Analyses)* (vgl. z.B. Sen 2000) zum Einsatz. Analysiert wurde, was die Bereitstellung öffentlicher Güter für land- und forstwirtschaftliche Betriebe kostet und welche Nachfrage, ausgedrückt in monetären Werten, nach diesen öffentlichen Gütern besteht. WP5 nennt sich „*Governance Mechanisms*“. Dieses wird vom *Institut für Agrar- und Forstökonomie der BOKU* geleitet. In diesem Arbeitspaket geht es um die Erarbeitung von Mechanismen, die in unterschiedlichen land- und forstwirtschaftlichen Kontextsituationen funktionieren könnten, damit öffentliche Güter besser bereitgestellt werden. Schließlich gibt es ein Arbeitspaket WP6, welches alle Ergebnisse zusammenführt und in einem Online-Tool nutzerfreundlich zur Verfügung stellen soll. Wichtig ist auch, dass im Projekt PROVIDE ein sehr partizipativer Ansatz gewählt wurde. Das heißt, es wird sehr viel Wert auf die Beteiligung von StakeholderInnen und regionalen ExpertInnen und AkteurInnen gelegt. Diese Beteiligung besteht sowohl in der Mitentwicklung, dem sog. „Co-Design“, der Forschungsfragen, als auch in der Integration von Stakeholdern in partizipativen Forschungsansätzen. Auch für die Organisation dieser

Stakeholderbeteiligung im Projekt gibt es ein eigenes Arbeitspaket, nämlich WP2.

I. Hintergründe des Projekts

Die Land- und Forstwirtschaft produziert nicht nur Lebensmittel, Futtermittel und Rohstoffe, sondern sie stellt auch eine Vielzahl öffentlicher Güter bereit, wie z.B. das Landschaftsbild, die Biodiversität, oder die Bodenfunktionalität, welche wiederum die Verfügbarkeit und die Qualität von Grundwasser, das regionale Kleinklima und die globale Klimastabilität beeinflusst. Zum Teil schützt die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung auch vor Elementarrisiken wie Hochwasser, Lawinen oder Feuer, sie dient der Nahrungsmittelsicherheit und beeinflusst die Tiergesundheit. Darüber hinaus beeinflussen die land- und forstwirtschaftlichen AkteurInnen und deren Handeln die Entwicklung, Wettbewerbsfähigkeit und Vitalität des ländlichen Raumes. Viele dieser öffentlichen Güter sind von herausragender Bedeutung für die Umwelt und -als soziale öffentliche Güter- wichtig für das Wohlergehen der Menschen im ländlichen Raum.

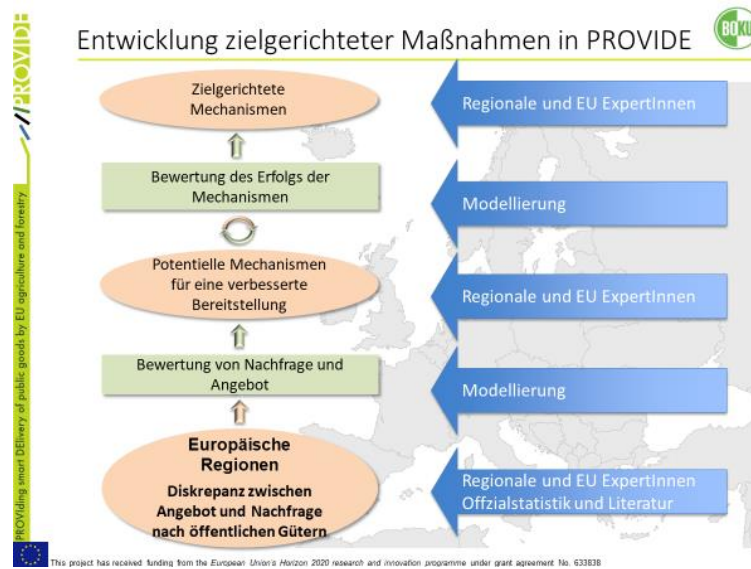
Die Bereitstellung dieser öffentlichen Güter wird in der Regel nicht über den Markt entlohnt, sondern sie entstehen zum Teil als „Nebenprodukt“ der land- und forstwirtschaftlichen Bewirtschaftung. Sie haben daher auch keinen „Marktpreis“. Weiters werden sie nicht immer in dem Umfang bereitgestellt, der dem gesellschaftlichen Optimum entspricht. Oftmals sind diese öffentlichen Güter gefährdet bzw. die Gesellschaft wünscht sich mehr davon. Demgegenüber stehen aber Kosten für die Landwirtschaft, diese Güter bereitzustellen, was dazu führt, dass sich Angebot und Nachfrage nicht entsprechen.

Aus diesem Grund bedarf es Steuerungsmechanismen, die die Bereitstellung öffentlicher Güter unterstützen. Dazu zählen z.B. „klassische“ Politikmechanismen wie gesetzliche Regulierung oder Agrarumweltmaßnahmen. Bei der Entwicklung verbesserter Steuerungsmechanismen in PROVIDE werden allerdings nicht nur die klassischen Instrumente berücksichtigt. So wird z.B. auch analysiert, welche Rolle der Markt einnehmen kann, wo und wie beispielsweise Unternehmen die Nachfrage nach öffentlichen Gütern aufnehmen und in eigenen Vermarktungsstrategien umsetzen können. Darüber hinaus werden private Mechanismen betrachtet, wie z.B. der Zusammenschluss privater Akteure, die ein bestimmtes Ziel der Bereitstellung öffentlicher Güter verfolgen. Bezüglich der Verbesserung klassischer Politikinstrumente kann beispielsweise die *Zweite Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)* genannt werden, auch hier könnten neue Wege der Umsetzung gefunden werden (Auktionssysteme, Zahlungen für Ökosystem-Dienstleistungen (PES), kollektive Ansätze). Weitere Instruments können Umweltabkommen, Emissionshandelssysteme, Zertifizierungen, Audits, Mittelzuweisungsmechanismen, zweckgebundene Steuern, kollaborative Partnerschaften, „*Collective Actions*“ usw. darstellen.

II. Entwicklung zielgerichteter Maßnahmen

Im Vortrag wird insbesondere auf das Arbeitspaket „*Governance Mechanisms*“, das der Entwicklung von Instrumenten und Mechanismen dient, näher eingegangen. Dies begründet sich insbesondere darin, dass dieses Arbeitspaket vom *Institut für Agrar- und Forstwirtschaft an der Universität für Bodenkultur* koordiniert wird. Das Arbeitspaket zur Entwicklung der Mechanismen zeichnet sich durch eine starke Einbindung der lokalen AkteurInnen und StakeholderInnen aus. Diese Einbindung erfolgt sowohl beim Forschungsdesign, als auch bei den Forschungsarbeiten selbst. Die Einbindung der AkteurInnen und StakeholderInnen ist maßgeblich, um aus erster Hand zu erfahren, welche funktionierenden Lösungsansätze bzw. welche Ideen es diesbezüglich auf regionaler Ebene bereits gibt.

Abbildung 1: Entwicklung zielgerichteter Maßnahmen in PROVIDE



Darstellung: Schaller (2018)

Zur Entwicklung zielgerichteter Maßnahmen wurde im Projekt zunächst betrachtet, was in den einzelnen Projektregionen in Bezug auf öffentliche Güter aus der Land- und Forstwirtschaft wichtig erscheint und welche Diskrepanzen zwischen Angebot und Nachfrage nach diesen Gütern bestehen. Erste Informationen ließen sich zum Teil aus der Statistik erheben. So kann beispielsweise aus Daten der Offizialstatistik abgeleitet werden, ob die Qualität des Grundwassers gut oder schlecht ist und ob die landwirtschaftliche Bewirtschaftung dabei intensiv oder nicht intensiv ist. Nichtsdestotrotz erschien es unerlässlich, mit ExpertInnen und StakeholderInnen vor Ort zu sprechen, um zu erfahren, welche Probleme hinsichtlich der Bereitstellung öffentlicher Güter in den Regionen bestehen und welche diesbezüglichen Befindlichkeiten existieren. Darüber hinaus bedurfte es auch der Einschätzung, ob die Themen, die auf regionaler Ebene betrachtet werden sollen, auch aus Sicht der EU wichtig sind.

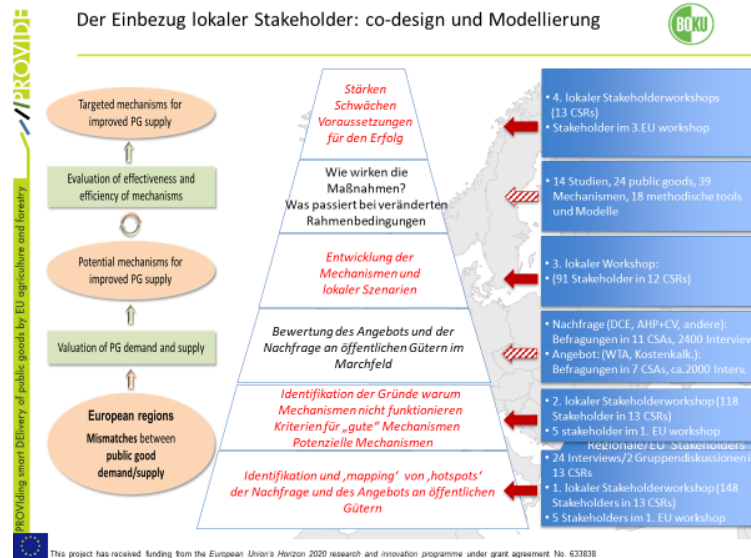
Nach der regionalen Themenauswahl erfolgte die monetäre Bewertung von Angebot und Nachfrage nach öffentlichen Gütern auf regionaler Ebene. Dabei kamen unterschiedliche Bewertungsansätze zum Einsatz. Die Ergebnisse dieser Bewertungen wurden dann wieder zurück in die Regionen gespielt und auch in Brüssel vorgestellt: In Workshops, zunächst auf lokaler Ebene, dann auch auf EU-Ebene, wurde dabei diskutiert, wie und mit welchen Maßnahmen man die Bereitstellung der öffentlichen Güter verbessern könnte. In den lokalen Workshops wurden zum Teil bereits sehr konkrete Mechanismen ausgearbeitet, wie spezielle Themen in einer bestimmten Region angegangen werden könnte. Diese Mechanismen wurden in den EU Workshops vorgestellt und diskutiert, zum Teil wurde dort eine Einschätzung gegeben, welche Instrumente von größerem Interesse seien und welche Schwerpunkte gesetzt werden sollten.

Für die finale Auswahl an Mechanismen wurden dann passende Ansätze gewählt, um deren Effektivität zu modellieren. Dabei wurde auch untersucht, was passiert, wenn sich die Rahmenbedingungen ändern. Für diese Analyse wurden regionenspezifische Entwicklungsszenarien entwickelt. Zum Zeitpunkt des Vortrags ist das Projekt gerade bei den Modellierungen angelangt, wobei das Projekt dem Projektplan etwa zwei Monate hinterherhinkt. Sobald die Modellierungen abgeschlossen sind, werden die Ergebnisse nochmals zurück auf die lokale und EU-Ebene zurückgespielt. Dann wird diskutiert, welche Stärken und Schwächen diese Mechanismen haben und welche Faktoren es gibt, die eine Umsetzung in den Regionen verhindern könnten. Auf der EU-Ebene stellt sich dann auch noch die Frage, was im Rahmen der

Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) oder im Rahmen anderer Politiken gemacht werden kann, damit eine Umsetzung gefördert wird.

III. Einbezug lokaler Stakeholder: Co-Design und Modellierung

Abbildung 2: Einbezug lokaler Stakeholder in Co-Design und Modellierung



Darstellung: Schaller (2018)

Am Anfang von PROVIDE standen die partizipative Identifikation und die Verortung (das Mapping) sogenannter ‚Hotspots‘ der Bereitstellung öffentlicher Güter in allen Untersuchungsregionen. Nach dieser Identifikation wurde diskutiert, welche Probleme hinsichtlich der Bereitstellung öffentlicher Güter in diesen Hotspots bestehen. Außerdem wurde diskutiert, aus welchen Gründen die existierenden Steuerungsmechanismen darin scheitern, diesen Problemen entgegenzuwirken. Außerdem wurden Kriterien für „gute“ und funktionierende Steuerungsmechanismen erarbeitet. Darüber hinaus wurden erste Ideen für potentielle Mechanismen diskutiert. Zur Identifikation der Hotspots und zur ersten Diskussion der Steuerungsmechanismen wurden lokale Workshops in allen Regionen durchgeführt. Am den ersten Workshops waren insgesamt 148 Stakeholder in 13 Projektregionen beteiligt. Dazu kamen 24 Experteninterviews, d.h. etwa zwei pro Region, sowie zwei Gruppendiskussionen. An den zweiten lokalen Stakeholder-Workshop waren 118 Stakeholder in den 13 Projektregionen beteiligt. Die Ergebnisse beider Workshops wurden außerdem in zwei Workshops auf EU Ebene vorgestellt und weiterdiskutiert.

Nachdem die Hotspot-Themen in allen Regionen ausgewählt wurden, folgte die Bewertung des Angebots sowie der Nachfrage nach den jeweiligen öffentlichen Gütern mittels Modellierung. Im Rahmen dieser Modellierungen erfolgten Befragungen in 11 Regionen. Insgesamt wurden 2.400 Interviews geführt, um die Nachfrageseite u.a. mit *Choice Models* oder Entscheidungsmodellen wie dem *Analytical Hierachical Process* (vgl. z.B. Saaty 2001, Lütters 2004) und anderen Bewertungsansätzen zu beleuchten. Auf der Angebotsseite gab es in sieben Regionen Befragungen in Form von *Willingness-to-Accept (WTA) Analysen* (vgl. z.B. Horowitz & McConnell 2003) mit ca. 2.000 Interviews. Dabei wurde z.B. gefragt, wie hoch die Ausgleichszahlungen ausfallen müssten, damit Landwirte bei Agrarumweltprogrammen mitmachen. Neben WTA Analysen wurden auch Kostenkalkulationen durchgeführt.

Nach der Modellierung der Angebots- und Nachfrageseite der Bereitstellung öffentlicher Güter in den einzelnen Regionen, folgte im Projekt die Entwicklung verbesserter Steuerungsmechanismen und lokaler Entwicklungsszenarien. Dieser Schritt erfolgte in den dritten lokalen Workshops. Daran nahmen insgesamt

91 Stakeholder in 12 Projektregionen teil.

Die entwickelten Mechanismen wurden dann hinsichtlich ihrer Effektivität und unter Berücksichtigung der lokalen Entwicklungsszenarien modelliert. Diese Modellierungen in den 14 Projektregionen sind zum Zeitpunkt des Vortrags teilweise noch im Laufen. Insgesamt werden 24 öffentliche Güter und 39 Steuerungsmechanismen, mit 18 unterschiedlichen methodischen Ansätzen und Modellen untersucht. Ziel der Analyse ist es, zu untersuchen ob die entwickelten Mechanismen wirken und was sich ändert, wenn sich die Rahmenbedingungen verändern, d.h. auch ob die Steuerungsmechanismen dann überhaupt noch funktionieren.

Auf Grundlage der Modellierungsergebnisse wird zum Abschluss, wiederum in lokalen Workshops, diskutiert, welche Stärken und Schwächen die entwickelten Mechanismen haben und welche Faktoren eine tatsächliche Umsetzung fördern könnte. In der österreichischen Projektregion wurde dieser vierte Workshop zu, Zeitpunkt des Vortrags bereits abgehalten.

Im Projektverlauf zeigte sich, dass der partizipative Ansatz, also der starke Einbezug der lokalen ExpertInnen und StakeholderInnen, sehr fruchtbar war, was den Informationsgewinn aus den Regionen anbelangt. Auch ist zu sagen, dass interessierte StakeholderInnen und ExpertInnen freiwillig und sehr engagiert an den Workshops teilnahmen. Sie sind allerdings nicht in das Projekt eingebunden. Daher ist es teilweise schwierig, einer gewissen „Ermüdung“ entgegenzuwirken und zu gewährleisten, dass StakeholderInnen wirklich über drei Jahre ein Projekt verfolgen und sich bereiterklären, mitzumachen. In PROVIDE zeigt sich, dass die Anzahl der Teilnehmenden von Workshop zu Workshop immer geringer wurde. Für ein Projekt, dass ein starkes *Co-Design* der Forschungsfragen und Forschungsarbeiten anstrebt, ist es darüber hinaus entscheidend, welche StakeholderInnen und ExpertInnen an den Workshop teilnehmen. Es ist darauf zu achten, dass nicht nur *Agenda Setting* stattfindet und nur geforscht wird, was die Meinungsführenden im Workshop gesagt hat.

In der österreichischen Fallstudie sind insgesamt ca. 30 StakeholderInnen involviert. Deren Teilnahme wechselte von Workshop zu Workshop.

IV. Erste Erfahrungen aus dem Projekt

Ein Einblick in die Untersuchungsregionen

Das Projekt zeichnet sich durch sehr unterschiedliche Studienregionen aus. Dazu zählen 6 Regionen mit intensiver Landwirtschaft, wie z.B. das *Marchfeld* (Österreich), die *Po-Ebene* in der Emilia Romagna (Italien), das Einzugsgebiet des *Ugie River* (Schottland), das *Biebrza-Narew-Tal* (Polen), die Region *Kromme Rijn* (Niederlande) und ein tief entwässertes Moorgebiet in Deutschland, das „*Rote Luch*“, das als Grünland genutzt wird. 3 Studienregionen bedienen das Themenfeld der Erholungsfunktion in Waldgebieten, nämlich *Nord-Ostrobothnien* in Finnland, der *Kreis Harju* in Estland und der *Geopark Ralsko* (Tschechien). In 3 Studienregionen zieht sich die Landwirtschaft tendenziell zurück. Diese sind Feuchtgebiete in der *Bretagne* (Frankreich), Berggebiete mit Olivenhainen (*Spanien*) und einer Hügelregion *Modena* am Rand der Emilia Romagna (Italien). Zu guter Letzt gibt es 3 extensive Gebiete, nämlich das *Šluknov-Lipa Děčín* in Tschechien, *Suceava* in Rumänien und die *West-Rhodopen* in Bulgarien.

So unterschiedlich sich die Ausgangsbedingungen in den einzelnen Regionen darstellen, so unterschiedlich ist auch die Situation der Bereitstellung öffentlicher Güter in diesen Regionen. In der italienischen Bergregion *Modena* werden aufgrund der Aufgabe der Land- und Forstwirtschaft in den Hügelgebieten viele öffentliche Güter aus der Landwirtschaft nicht mehr bereitgestellt. Probleme bestehen bzgl. des Schutzes vor Erdbeben, der Wasserregulierung und der Vitalität des ländlichen Raumes aufgrund der Abwanderung der Bevölkerung. Sechzig Kilometer weiter in der Po-Ebene im Raum *Bologna-Parma-Ferrara* findet dagegen intensive landwirtschaftliche Nutzung mit künstlicher

Bewässerung statt. Diese Art der Bewirtschaftung hat einen stark negativen Einfluss auf die Grundwasserqualität und Wasserverfügbarkeit in der Region. Die Acker- und Futterbaubetriebe sind dort sehr profitabel. Es gibt also keine große Bereitschaft von Seiten der Landwirtschaft, etwas zu verändern. Auch fehlen innovative Wasser-Aufbereitungskonzepte. Die *Universität Bologna* hatte ursprünglich vor, das Thema der Wasserqualität in der Region zu untersuchen. Im vergangenen Jahr war es aber sehr trocken, sodass die StakeholderInnen im 3. Workshop dafür stimmen, das Thema der Wasserqualität hintenan zu stellen und sich in erster Linie auf die Wasserverfügbarkeit zu fokussieren.

Das *Ugie Einzugsgebiet* bei Aberdeen ist eine wichtige und relativ intensive Acker- und Futterbauregion in Schottland. Hier gibt es massive Probleme in erster Linie mit der Wasserqualität (hoher Stickstoffgehalt). Zudem werden Landschaftsbild und die geringe Biodiversität v.a. bei den Vogelpopulationen bemängelt.

Der deutsche Projektpartner, das *Leibnitz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung e.V. (ZALF)* in Müncheberg, untersucht die Bereitstellung des öffentlichen Gutes ‚Klimastabilität‘ auf Moorflächen im *Roten Luch* in Brandenburg. Nahezu alle Moorflächen in Deutschland sind tief entwässert. Daraus resultiert eine sehr starke CO₂-Emission, die in Deutschland fast 5% der anthropogenen Gesamtemissionen ausmacht - auf einem sehr geringen Anteil der landwirtschaftlichen Fläche. Für eine deutliche Verringerung dieser Emissionen müssten die landwirtschaftlich genutzten Moorflächen klimafreundlich wiedervernässt werden. Das Thema der Moorflächenwiedervernässung ist seit längerer Zeit ein heißes Thema in Deutschland, wobei Vernässungsmaßnahmen von der Landwirtschaft entschieden abgelehnt werden. Zudem ist flächenspezifische Vernässung auch technisch ein heikles Thema. Im Grunde genommen müssen alle Landwirte in einem Gebiet an solchen Maßnahmen teilnehmen.

Die Waldlandschaft *Nord-Ostrobothnien* in Finnland ist wichtig für den naturorientierten Tourismus, sowohl im Winter als auch im Sommer. Es gibt dort auch ein kleines Schigebiet. Die Waldbesitzer in dem Gebiet werden für die Bereitstellung des „Waldes“ für die Erholungs- und Tourismuszwecke allerdings nicht bezahlt, insofern sehen sie auch keinen Grund, ihr Forstmanagement entsprechend auszurichten und z.B. auf Kahlschläge zu verzichten. Diese Kahlschläge verändern das Landschaftsbild aber massiv und kommen dem Tourismus nicht zugute.

In der polnischen Projektregion *Biebrza-Narew-Tal* kommt es v.a. zu einem Rückgang traditioneller landwirtschaftlicher Bewirtschaftungsformen (Grasland, Weiden), teilweise aber auch zu einer Intensivierung und einem Absinken der Grundwasserstände. Die Stakeholder befürchten hier einen Verlust des kulturellen Erbes, der aus dem Rückgang der traditionellen landwirtschaftlichen Bewirtschaftung resultiert. Zudem besteht die Befürchtung eines „unkontrollierten Anstiegs“ des Tourismus.

Im tschechischen Kreis *Lipa Děčín* dominiert ein Klimawandelthema. Seit den letzten Jahrzehnten kommt es zum kontinuierlichen Absinken der Grundwasserstände. Um die landwirtschaftliche Produktion weiterhin zu sichern, müssten Wasserreservoirs geschaffen werden. Dazu bedarf es einer Verbesserung der Infrastruktur, wie dem Bau von Poldern, Teichen oder anderer Bauwerke, die das Wasser im Gebiet halten können. Im Moment scheitern derartige Maßnahmen an der fehlenden Bereitschaft zur Zusammenarbeit.

Der Blick in einzelne Untersuchungsregionen zeigt, dass in unterschiedlichen Regionen der EU äußerst unterschiedliche Probleme, Wahrnehmungen und Befindlichkeiten hinsichtlich der Bereitstellung öffentlicher Güter existieren. Dies gilt selbst dann, wenn der Kontext ähnlich ist, wie z.B. in Regionen die durch intensive Landwirtschaft geprägt sind. Für die Gesellschaft vor Ort können - in vergleichbarem Kontext - ganz andere Themen als wichtig angesehen werden.

Abbildung 3: Lokale Ausgangssituationen und „Hotspots“ öffentlicher Güter



Darstellung: Schaller (2018)

Kriterien guter Mechanismen zur Verbesserung der Bereitstellung öffentlicher Güter

Zur Frage, welche Ursachen in den einzelnen Regionen für das Nicht-Funktionieren von Mechanismen zur Bereitstellung öffentlicher Güter identifiziert wurden, wurden die Statements der Stakeholder aus den lokalen Workshops zusammengefasst:

Als ein Hauptgrund für das „Nicht-funktionieren“ existierender Instrumente wurde das Fehlen eines „systemischen Denkens“ in den Regionen, und zum Teil auch in der regionalen Politik, vermutet. Häufig werde versucht punktuell Probleme zu lösen, wobei aber das „Ganze“ nicht gesehen werde. Des Weiteren werden die Konsistenz und die Zielgerichtetheit existierender Maßnahmen bemängelt. Mit unterschiedlichen Maßnahmen würden teils gegensätzliche Ziele gefördert. Darüber hinaus werden Programme nicht konsequent umgesetzt. Häufig werden die Ausgleichszahlungen als unzureichend empfunden. Es wurde auch angeführt, dass die Förderungsmechanismen teilweise so komplex wären, dass das Verständnis fehlt, was eigentlich erreicht werden soll. Ein wichtiger Punkt ist auch das fehlende Vertrauen der Land-/Forstwirtschaft in derartige Maßnahmen. So besteht die Befürchtung, dass die Umsetzung von Maßnahmen in eine geänderte Gesetzeslage mündet, die Maßnahmen somit verpflichtend werden. Ein weiterer Punkt ist das Fehlen von Informationen und Bewusstsein.

Auch zur Frage, welche Kriterien die StakeholderInnen in den einzelnen Ländern für gute Mechanismen ansetzen würden, wurden deren Statements zusammengefasst:

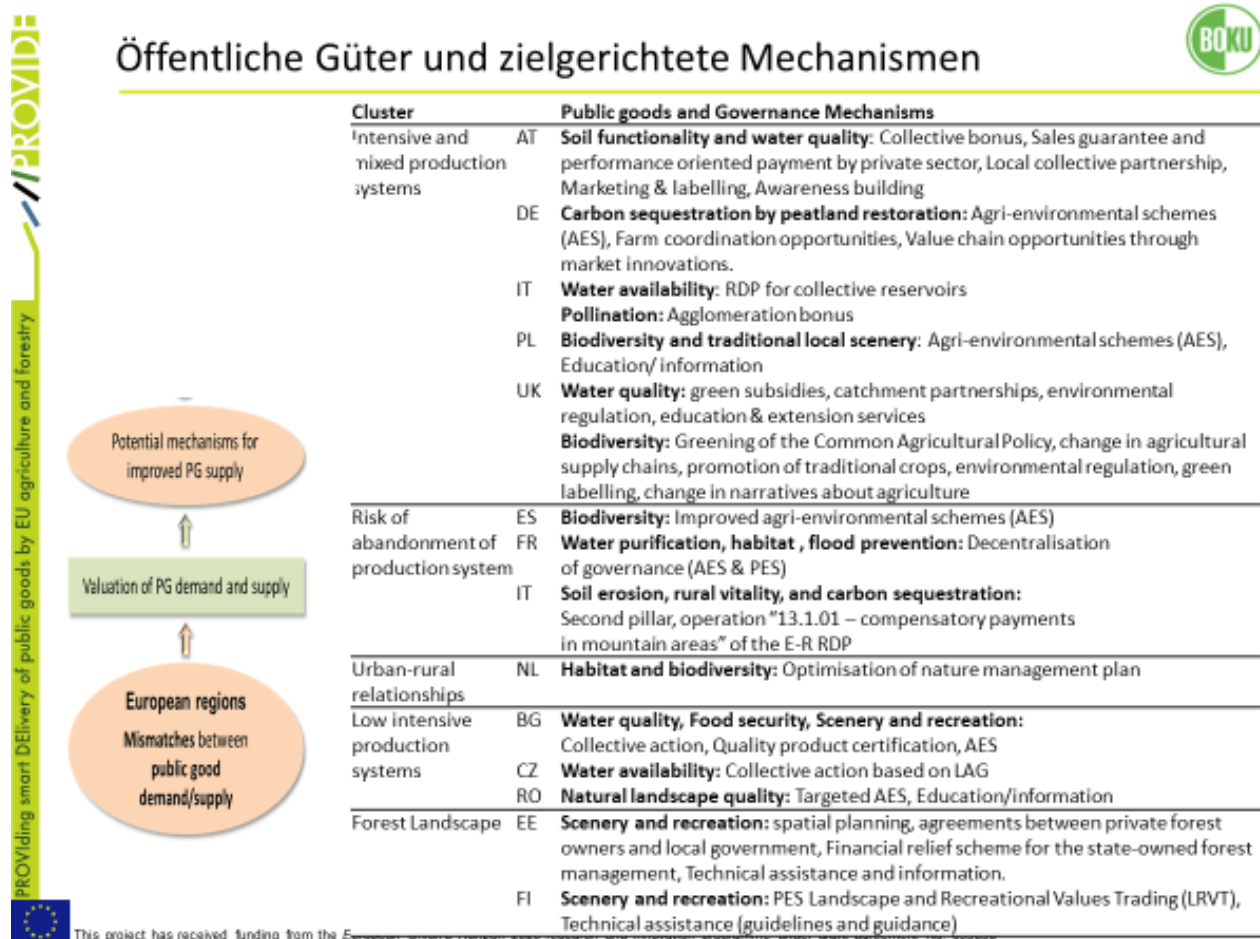
Aus Sicht der StakeholderInnen muss – als Grundlage – zunächst das institutionelle Rahmenwerk zur Umsetzung der Mechanismen stimmen. Institutionen müssen transparent handeln und dürfen nicht korrupt sein. Partizipative Ansätze bei der Entwicklung von Maßnahmen werden als maßgeblich angesehen. Die Zielsetzungen der Maßnahmen müssen objektiv gewählt und wissenschaftsbasiert sein. Die Mechanismen sollen maximal zielgerichtet sein, wobei ein „Gießkannensystem“ abgelehnt wird. Dabei geht es auch um die räumliche Zielgerichtetheit, d.h. konkrete, lokale Probleme sollten konkrete, lokale Lösungen finden. Instrumente/Mechanismen sollten nicht zu kompliziert sein und eine gewisse Flexibilität aufweisen. Ein wichtiger Aspekt für die Akzeptanz von Maßnahmen sind Vertrauen und Partnerschaftlichkeit: Die Land- und Forstwirte müssen den umsetzenden Institutionen und den Menschen, die diese Institutionen vertreten, vertrauen. Gute Mechanismen zeichnen sich zudem durch die Messbarkeit des Erfolgs aus. Wichtige Kriterien für gute Mechanismen sind darüber hinaus deren

Effizienz und Effektivität.

Mechanismen und Bewertung der Mechanismen in PROVIDE

Unter Berücksichtigung der Kriterien guter Mechanismen wurden in jeder der 13 PROVIDE Untersuchungsregionen Einzelmechanismen oder auch Bündel an Mechanismen entwickelt, die spezifisch auf das jeweilige Hotspotthema der Bereitstellung öffentlicher Güter abgestimmt sind. In Summe wurden 39 Mechanismen betrachtet.

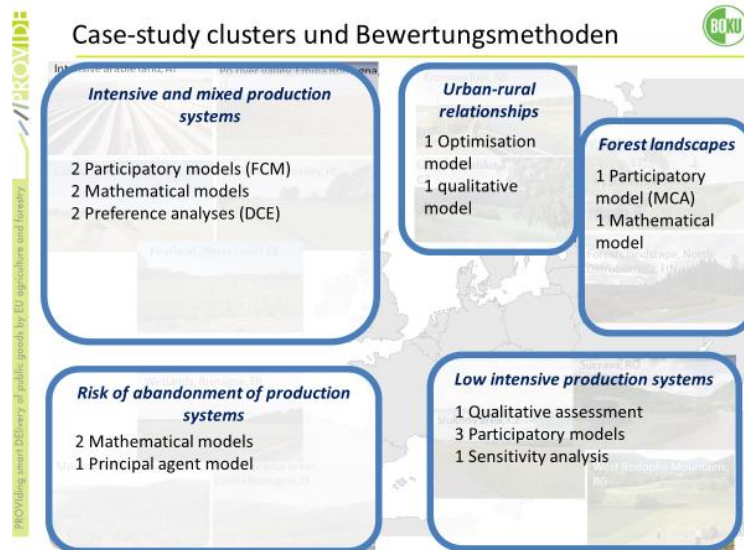
Abbildung 4: Öffentliche Güter und zielgerichtete Mechanismen



Darstellung: Schaller (2018)

Für die Modellierung der Effektivität dieser Mechanismen kam ein breites Spektrum an Bewertungsmethoden und Modellen zum Einsatz. Darunter waren z.B. partizipatorische Modelle, mathematische Modelle in Form klassischer ökonomischer Modellierung, Präferenzanalysen, Optimierungsmodelle, etc.

Abbildung 5: Fallstudien-Cluster und Bewertungsmethoden



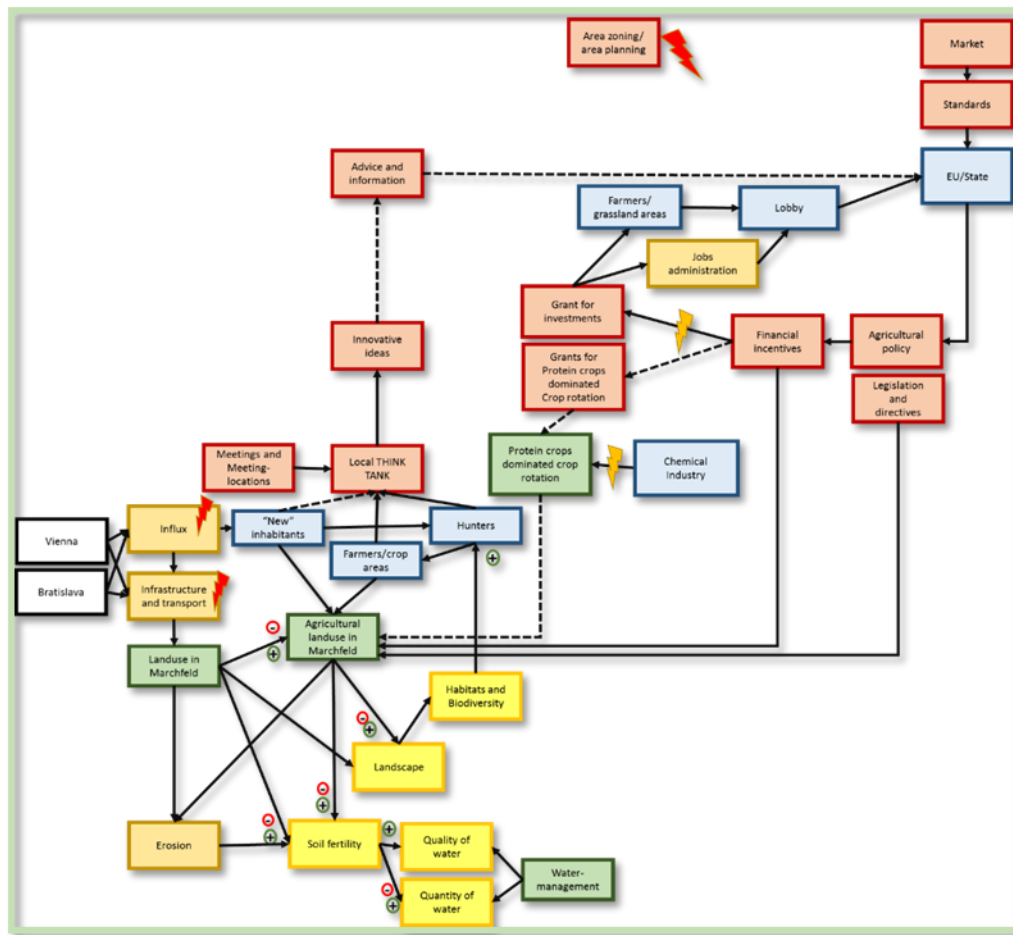
Darstellung: Schaller (2018)

Ergebnisse aus der österreichischen Projektregion Marchfeld

Als österreichisches Untersuchungsgebiet wurde das Marchfeld ausgewählt. Auch im Marchfeld wurden somit die einzelnen Projektschritte durchgeführt. Im ersten Projektworkshop wurde in einer relativ großen Gruppe von ExpertInnen und StakeholderInnen besprochen, was man unter öffentlichen Gütern versteht und welche Probleme hinsichtlich der Bereitstellung dieser Güter aus der Landwirtschaft im Marchfeld bestehen. Im ersten Workshop wurde klar, dass vielfältige Ansprüche an die landwirtschaftliche Produktion und an die Bereitstellung öffentlicher Güter aus der Landwirtschaft bestehen: auf der einen Seite ist das Marchfeld hochgradig geeignet zur effizienten und auch intensiven Produktion von Nahrungsmitteln – mit zum Teil negativen Effekten auf öffentliche Güter. Auf der anderen Seite gilt es vor allem aufgrund seiner räumlichen Lage als starke Wachstums- und Zuzugsregion, was wiederum zur erhöhten Nachfrage, aber auch verstärktem Druck auf die Bereitstellung öffentlicher Güter aus der Landwirtschaft führt. Die Themenauswahl war demnach groß und umfasste bspw. die Erholungsfunktion, die Bodenfruchtbarkeit, die Grundwasserqualität, die Landschaftsästhetik, etc. Letztendlich wurden die Themen *Bodenfunktionalität*, *Wasserqualität* und *Landschaftsqualität*, in ihrer Funktion für Biodiversität und als Habitat, als Fokus der Analyse ausgewählt.

Im zweiten Workshop wurde diskutiert, aus welchen Gründen die existierenden Mechanismen z.B. in Hinblick auf die Bodenfunktionalität nicht funktionieren und welche Mechanismen hier besser greifen könnten. Als Methode wurde das sogenannte „Mind-mapping“ gewählt: Mit dieser Technik wurde gemeinsam mit den Workshop-Teilnehmenden ein Netzwerk an Zusammenhängen zwischen unterschiedlichen Akteurinnen (z.B. LandwirtInnen, JägerInnen, NeubürgerInnen, alteingesessene Gesellschaft), Mechanismen (z.B. Markt, Standards, finanzielle Förderungen, innovative Ideen), Bewirtschaftungsformen und letztendlich der Bereitstellung öffentlicher Güter (Grundwasserqualität, Bodenfunktionalität, Landschaft, etc.) erschlossen. Mit dieser Methode ließ sich die Komplexität des Themas gut darstellen.

Abbildung 5: Mind-Map Ergebnisse des zweiten Workshops für die Studienregion Marchfeld



Darstellung: Schaller (2018)

In einem nächsten Schritt wurde die Bewertung des Angebots und der Nachfrage für die drei öffentlichen Güter (trinkbares Grundwasser, Bodenfunktionalität und Landschaftsqualität) im Marchfeld durchgeführt. Dabei wurde zum einen untersucht, was eine Veränderung der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung zur verbesserten Bereitstellung dieser Güter kosten würde. Zum anderen wurde untersucht, welche Zahlungsbereitschaft in der Gesellschaft für die Bereitstellung dieser Güter besteht. Für letzteres wurde *Choice Experiment* umgesetzt. Dabei wurde eine Befragung der Marchfeldbewohner durchgeführt, die zu rund 210 auswertbaren Fragebögen führte. Auf der Kostenseite wurde auf Grundlage von *INVEKOS-Daten* (*Integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem der Europäischen Kommission*) die Kosten für eine bodenschonende Bewirtschaftung und die Anlage von Biodiversitätsflächen für das gesamte Marchfeld kalkuliert. Die Ergebnisse der Bewertungen zeigen, dass für jedes der öffentlichen Güter eine Zahlungsbereitschaft von jährlich um die 60 bis 70 Euro (an zusätzlichen Steuern) besteht. Im Endeffekt deckt diese Zahlungsbereitschaft die Kosten der veränderten Bewirtschaftung allerdings nicht. Nichtsdestotrotz war insbesondere das Ergebnis der bestehenden Zahlungsbereitschaft aus Sicht der Stakeholder überraschend, da diese gar nicht vermutet hätten, dass die Menschen in der Region ein Problembewusstsein haben und sogar bereit wären, für die Verbesserung der öffentlichen Güter am Jahresende zusätzliche Steuern zu bezahlen. Das überraschende Ergebnis wurde von den Stakeholdern damit erklärt, dass die Betroffenheit im Marchfeld ein gewisses Ausmaß erreicht hat (schlechte Grundwasserqualität, ausgeräumtes Landschaftsbild, Flächenversiegelung), und es somit bereits zu einem gesteigerten Bewusstsein gegenüber den öffentlichen Gütern kommt.

Die Ergebnisse der Bewertung von Angebot und Nachfrage bildeten die Grundlage für den dritten

Workshop im Marchfeld, in dem potenzielle Mechanismen für eine verbesserte Bereitstellung der ausgewählten öffentlichen Güter entwickelt werden sollten. Gemeinsam mit den StakeholderInnen wurden hier zwei *monetäre Mechanismen* entwickelt:

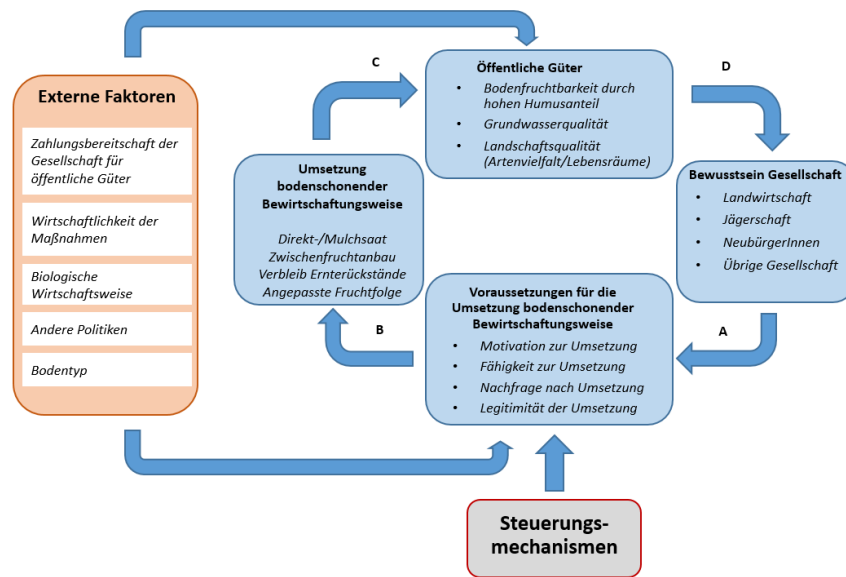
Zum einen sollte ein *kollektiver Bonus* untersucht werden, welcher als öffentliche Zahlung bspw. im Rahmen des ÖPULs (Österreichisches Agrar-Umweltprogramm) angesiedelt werden könnte. Über das Instrument des kollektiven Bonus sollen Maßnahmen bodenschonender/humusmehrender Bewirtschaftung umgesetzt werden. Das Instrument des kollektiven Bonus funktioniert über eine Basis-Ausgleichszahlung, die, sobald ein gewisser Flächenumfang in einem Gebiet erreicht ist, stufenweise ansteigt. D.h. je mehr Fläche unter der geförderten Maßnahme in einem Gebiet bewirtschaftet wird, desto höher wird die Zahlung pro Hektar. Man hofft damit, dass LandwirtInnen beginnen, miteinander zu kommunizieren um sich gegenseitig zum Mitmachen zu animieren. Der steigende soziale Druck kann aber auch Nachteile haben: So kann gesellschaftlicher Druck, z.B. in der Form, dass die Nachbarn kontinuierlich „vor der Tür stehen“ und zu einer Teilnahme drängen, auch eine Verweigerungshaltung zur Folge haben.

Zum anderen sollte ein privatwirtschaftliches Instrument untersucht werden, bei dem ein Handelsunternehmen eine *Abnahmegarantie* für Feldfrüchte übernimmt, die aus bodenschonendem/humusmehrenden Anbau stammen. Darüber hinaus wird bei Erreichung eines gemessenen Humusanstiegs eine *Prämie* ausbezahlt. Inspiration für ein derartiges Instrument liefert bspw. das SPAR Humusprogramm, das die Supermarktkette gemeinsam mit dem WWF (*World Wide Fund for Nature*) Österreich umsetzt. Ein konventioneller Landwirt aus dem Marchfeld, der Teil des Expertengremiums von PROVIDE ist, ist bereits in dieses Programm involviert.

Neben den monetären Maßnahmen sollte auch ein Bündel *unterstützender Mechanismen* untersucht werden. So sollte der kollektive Bonus von einer *lokalen kollektiven Partnerschaft* flankiert werden: Im Workshop wurde befunden, dass es eines Netzwerks an konventionellen und Bio-LandwirtInnen bedürfe, die gemeinsam mit dem Ministerium und den Maschinenringen zum einen die Bewirtschaftungsmaßnahmen mitgestalten, zum anderen aber auch die Umsetzung der Maßnahmen technisch und mit Knowhow unterstützen. Als weitere unterstützende Maßnahmen wurden *Marketing* und *lokale Labels* genannt, daneben wurde das Instrument der *Bewusstseinsbildung* in Form von Kampagnen für LandwirtInnen und Gesellschaft vorgeschlagen.

Zur Bewertung der Effektivität der entwickelten Maßnahmen wurden die Ergebnisse des zweiten und des dritten Workshops miteinander verbunden: Im Grunde genommen ließ sich das im dritten Workshop entwickelte Maßnahmenbündel nämlich bereits bei der Entwicklung des Netzwerks im zweiten Workshop erkennen. So entspricht die „lokale kollektive Partnerschaft“ beispielweise dem in der „Mind-Map“ genannten „lokalen Think-Tank“ (siehe Abbildung 5). Auch die Instrumente der finanziellen Anreize und der Marktstandards waren im Geflecht der Mind-Map bereits existent. Insofern konnten die neu entwickelten Mechanismen auch sehr gut in diese Mind-Map integriert werden. Es lag also nahe, bei der Bewertung der Mechanismen wieder auf Wirkungszusammenhänge der Mind-Map zurückzugreifen. Als Methode dazu wurde das *Fuzzy Cognitive Mapping* (vgl. z.B. Kosko 1986) gewählt. Diese Methode bietet die Möglichkeit der ExpertInnen-basierten Modellierung. Von den ExpertInnen wurden die Verbindungen im Netzwerk zwischen den einzelnen Elementen einzeln hinsichtlich ihrer Wirkungsweise (abschwächend, fördernd, Stärke der Wirkung) bewertet. Zum Zeitpunkt des Vortrags wurden bereits acht ExpertenInneninterviews geführt, angestrebtes Ziel sind zehn Interviews.

Abbildung 6: Fuzzy Cognitive Mapping





Darstellung: Schaller (2018)

Als Ergebnis des Fuzzy cognitive mappings kann man erkennen, welche Elemente im Netzwerk entscheidend sind, und wie es sich verhält, wenn man ein Element aus dem Netzwerk nimmt, oder auch die Bedeutung eines Elements anhebt oder abschwächt. So kann man zum Beispiel untersuchen, wie groß der Einfluss der lokalen kollektiven Partnerschaft auf die Effektivität des kollektiven Bonus ist, oder wie groß der Einfluss einzelner Akteursgruppen (Landwirtschaft, Jäger) auf die Umsetzung des Maßnahmenbündels sein kann.

Die Bewertung der Verbindungen durch die ExpertInnen allein leistet allerdings nur einen Einblick in den Status-quo der Zusammenhänge. Die Frage, was passiert, wenn sich die Rahmenbedingungen verändern, wird zunächst nicht beantwortet. Aus diesem Grund wurden die ExpertInnen ein zweites Mal zu möglichen Entwicklungsszenarien im Marchfeld befragt. Dabei wurden drei Grundrichtungen der Entwicklung vorgegeben: (i) alles entwickelt sich so weiter wie im Moment, (ii) die Entwicklung wird stark marktgesteuert und (iii) die Entwicklung wird stark vom Nachhaltigkeitsgedanken geprägt. Vor dem Hintergrund dieser grundlegenden Entwicklungsrichtungen wurden Szenarien für die landwirtschaftliche Produktion im Marchfeld, den Zustand des Agrarökosystems im Marchfeld, sowie die sozioökonomische Entwicklung im Marchfeld entwickelt.

Die Wirkung dieser Szenarien auf die Zusammenhänge im Netzwerk unserer fuzzy cognitive map wurde im vierten (und letzten) Workshop untersucht. Die StakeholderInnen wurden dabei gefragt, auf welche Elemente im Netzwerk die Szenarien Einfluss nehmen und auf welche Weise (förderlich, abschwächend, wie stark). Die Modellierung der Szenarien ist zum Zeitpunkt des Vortrags noch nicht abgeschlossen.

Abbildung 7: Veränderung der Rahmenbedingungen

Modellierung: Was passiert bei Veränderung der Rahmenbedingungen?

	BUSSINESS AS USUAL	MARKTGESTEuerte ENTWICKLUNG	NACHHALTIGE ENTWICKLUNG
Szenarien zur landwirtschaftlichen Produktion	<ul style="list-style-type: none"> • Betriebe bleiben weitestgehend stabil • Weiterhin konventioneller Marktfruchtbau • Intensität steigt weiterhin leicht an • Anteil Bio steigt weiterhin leicht an • Vermehrt klimaresistente Feldfrüchte • Ausbau der Boregung wo möglich 	<ul style="list-style-type: none"> • Niedrige Preise für landwirtschaftliche Produkte • Niedrige Preise für landwirtschaftliche Inputs • Weiterhin konventioneller Marktfruchtbau • Anteil an Biobetrieben/Bioflächen sinkt, da finanzielle Anreize/Förderungen wegfallen • Verstärkter Strukturwandel • Intensität der konventionellen Produktion steigt • Intensivierte Bewässerung • Einsatz "großer" Maschinen nimmt zu, Maschinen werden kooperativ genutzt • Vermehrt klimaresistente Feldfrüchte 	<ul style="list-style-type: none"> • Biologische Wirtschaftsweise auch auf konventionellen Betrieben aufgrund verschärfter Gesetze • Biodiversitätsflächen auf deutlich größerem Anteil der landwirtschaftlichen Nutzfläche. • Zunahme Zwischenfruchtanbau • Aufgrund neuer Marketingstrategien und steigender Preise für landwirtschaftliche Produkte stabile Entwicklung der Betriebe • Landwirte kooperieren sowohl im Bereich der Technologie, als auch im Know-How-Bereich.
Szenarien zu Sozio-ökonomischen Entwicklungen & Infrastruktur	<ul style="list-style-type: none"> • Fortsetzender Zuzug in die Region • Damit verbundenes Bevölkerungswachstum • Die ländliche Vitalität wird durch den Zuzug verändert (verschlechtert) • Dörfer sterben aus • Starker Bodenverbrauch für den Wohnungsbau und für die Industrie • Starker Bodenverbrauch für die Anpassung der Infrastruktur 	<ul style="list-style-type: none"> • Starkes Bevölkerungswachstum und wachsende Betriebe bedingen starken Flächenendruck. • Bauprojekte für Wohnraum, Industrie, Straßen und andere Infrastruktur führen zur großflächigen Versiegelung landwirtschaftlicher Böden. • NeubürgerInnen können nur unzureichend in bestehende ländliche Strukturen integriert werden kann, ländliche Vitalität nimmt aufgrund des starken Zuzugs stark ab. 	<ul style="list-style-type: none"> • Flächenverbrauch im Infrastrukturbereich wird durch verbesserte räumliche Planung bestmöglichst eingeschränkt. • Ausbau/Förderung öffentlicher Verkehrsmittel. • Windenergie wird landschaftsprägend ausgebaut wo es geht.
Szenarien zum Zustand des Agrarökosystems	<ul style="list-style-type: none"> • Ökologischer Zustand des Marchfelds bleibt verhältnismäßig stabil. • Klimawandel verschärft Wasserknappheit • Keine bahnbrechende Verbesserungen der Grundwasserqualität 	<ul style="list-style-type: none"> • Ökologischer Zustand des Gebietes verschlechtert sich • Ungabremst voranschreitender Klimawandel verschärft die Wasserknappheit stark • Grundwasserqualität bleibt aufgrund der intensiven landwirtschaftlichen Produktion niedrig. 	<ul style="list-style-type: none"> • Steigende Anteile an Biodiversitätsflächen, Hecken und Landschaftselementen diversifizieren das Landschaftsbild. • Klimaschonende Anbautechniken erhöhen Humusakkumulation und Kohlenstoffspeicherung im Boden. • Die Grundwasserqualität steigt.

This project has received funding from the European Union's Horizon 2020 research and innovation programme under grant agreement No. 633838

Darstellung: Schaller (2018)

Neben der Wirkung der Szenarien wurden im vierten Workshop die Stärken und Schwächen der entwickelten Mechanismen analysiert. Die Ergebnisse zeigen, dass durchaus Schwächen, aber auch Stärken vorhanden sind. Im Folgenden sollen einige Beispiele genannt werden: Alleine der Ausdruck „kollektiver Bonus“ würde positiver wahrgenommen als der Begriff der „ÖPUL-Zahlung“. Mit dem Begriff des Bonus werde den LandwirtInnen bewusst, dass hier eine Leistung honoriert, und nicht Kosten kompensiert werden. Des Weiteren involviert das entwickelte Bündel an Mechanismen eine große Gruppe von AkteurInnen und unterstützt die Umsetzung der Maßnahmen auf unterschiedlichen Ebenen. Als Schwäche wurde die schlechte Berücksichtigung von LandwirtInnen genannt, die an kollektiver Arbeit nicht interessiert sind. Zudem wurde kritisiert, dass im vorgeschlagenen Bündel von Mechanismen die Gesetzgebung als Instrument außer Acht gelassen wurde. Auch die Frage, welche Faktoren die tatsächliche Umsetzung der Mechanismen im Marchfeld hemmen könnten, wurde im Workshop untersucht: Aus Sicht der StakeholderInnen sind viele LandwirtInnen Individualisten und haben oft kein Interesse daran, kollektiv zu arbeiten. Zudem wird eine negative Haltung gegenüber der Lebensmittelindustrie vermutet, insofern könnte eine gewisse Skepsis gegenüber privatwirtschaftlichen Programmen existieren.

V. Fazit aus dem Projekt PROVIDE

Das Projekt PROVIDE zeigt, dass in den ländlichen Gebieten ein Bewusstsein gegenüber öffentlichen Gütern aus der Land- und Forstwirtschaft besteht, so auch in der österreichischen Projektregion Marchfeld. Es zeigt sich, dass über das reine Bewusstsein heraus auch eine Zahlungsbereitschaft in der Bevölkerung für die Bereitstellung dieser öffentlichen Güter existiert. Das Projekt zeigt auch, dass sich die

Zahlungsbereitschaft der Gesellschaft und die Kosten der Bereitstellung nicht decken.

Das Projekt macht auch deutlich, dass viele der bisherigen Mechanismen zum Ausgleich von Angebot und Nachfrage aus vielerlei unterschiedlichen Gründen nicht oder nur schlecht funktionieren. Die ExpertInnen vor Ort machten diese Einschätzung in den ersten Workshops deutlich. Kollektive Ansätze wurden in allen Regionen als ein wichtiges Element funktionierender Mechanismen gesehen.

Eine Verbesserung der Bereitstellung öffentlicher Güter aus der Land- und Forstwirtschaft ist ein komplexes Anliegen, das vielfältige und unterschiedliche Interessen berührt. Zudem bestehen Trade-Offs zwischen der Bereitstellung unterschiedlicher öffentlicher Güter. Ein gutes Beispiel dafür ist die Wiedervernässung von Mooren, wo bspw. Ziele des Klimaschutzes Zielen des Artenschutzes entgegenstehen könnten (Bei Überstau wachsen schützenswerte Arten des Grünlands nicht mehr).

Das Projekt zeigt auch, dass zur verbesserten Bereitstellung öffentlicher Güter Einzelmechanismen häufig nicht zielführend sind, vielmehr bedarf es einer guten Kombination von Mechanismen die einen systemischen Ansatz haben und Trade-offs berücksichtigen. Auch eine intensive Zusammenarbeit (lokaler) Institutionen und Experten zur Entwicklung nachhaltiger Mechanismen schein unabdingbar.

Hier ist das Thema der Vernetzung ausschlaggebend: Soziale Netzwerkanalysen in unterschiedlichen Regionen zeigen im Vergleich, dass durchaus unterschiedliche Vernetzungsgrade in unterschiedlichen Regionen existieren.

Der Einbezug des regionalen/lokalen Wissens in PROVIDE war für das Projekt unentbehrlich. Dabei war die Motivation der LandwirtInnen und anderer StakeholderInnen entscheidend. Aus dem PROVIDE Forschungsdesign konnte sehr viel Wissen über die Stärken und Schwächen partizipativer Ansätze gesammelt und nach Brüssel transportiert werden.

Diskussion

Piatti-Fünfkirchen: Wie hat dieser kollektive Bonus genau ausgeschaut? Es gibt z.B. auch in Holland sehr viele interessante kollektive Maßnahmen zur Biodiversität. Was heißt das nun in der Praxis? Welche Praktiken wenden da die Landwirte an? Ist das eine Begrünung, eine Fruchtfolge oder eine bestimmte Art von Bodenbearbeitung?

Schaller: In unserem Projekt wurden die Mechanismen nur konzeptionell umrissen. Die Maßnahmen wurden nicht bis zur Umsetzungsreife entwickelt. Hinter dem kollektiven Bonus steht eine Bodenschutzmaßnahme, die aus unterschiedlichen Bewirtschaftungsmaßnahmen besteht: Ernterückstände verbleiben am Feld, minimale Bodenbearbeitung, angepasste Fruchtfolge und Zwischenfruchtanbau. Das könnte grundsätzlich auch als Bodenschutzmaßnahme im Agrarumweltprogramm konzipiert werden. Beim kollektiven Bonus geht es nun darum, dass die Zahlungsmodalitäten anders sind. So werden dann nicht mehr bspw. 150 Euro pro Hektar für die Umsetzung einer Bewirtschaftungsmaßnahme, sondern 150 Euro pro Hektar für diese Maßnahme bis zu einem bestimmten Flächenumfang, z.B. 1000 Hektar im Gebiet, bezahlt. Ab 1.000 Hektar im Gebiet dann z.B. 180 Euro pro Hektar, ab 2000€ 200 Euro pro Hektar, usw. Im Endeffekt geht es dabei darum, die Motivation der LandwirtInnen zu erhöhen mit ihren NachbarInnen zu reden und zum Mitmachen zu animieren, umso besser in die Fläche gehen zu können. Natürlich besteht das Problem, dass Programme, die im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) umgesetzt werden sollen, eigentlich nur Kosten entschädigen dürfen und nichts darüber hinaus. Inzwischen gibt es aber durchaus eine Diskussion auf EU Ebene und auch im Wissenschaftsbereich, die in Frage stellt ob das wirklich nur so sein darf, oder ob ein leistungsorientierter Ausgleich nicht doch denkbar wäre. Die kollaborative Partnerschaft, die hinter dem Ansatz des kollektiven Bonus steht, orientiert sich am Ansatz der bereits in den Niederlanden umgesetzt

wird. Der kollektive Bonus ist der finanzielle Anreiz, die kollaborative Partnerschaft das Netzwerk, welches die Umsetzung und Akzeptanz vorantreibt.

Piatti-Fünfkirchen: Basiert die Kostenkalkulation dabei auf dem Mehraufwand der einzelnen Maßnahmen der einzelnen Betriebe?

Schaller: Genau. Der Bonus startet mit einem Betrag, der in der Berechnung der reinen „klassischen“ Kostenkompensation der Agrarumweltprogramme entspricht. Der Betrag wird dann mehr, wenn der Flächenanteil bestimmte Stufen erreicht.

Pevetz: Das Thema Umwelt und Landwirtschaft im Marchfeld ist ein altes Thema. Es hat bereits vor 50 Jahren einen Distelverein gegeben. Der jetzige Präsident der Landwirtschaftskammern Österreich *Hermann Schultes* war damals der Obmann. Damals ging es um das Ausweisen von Ökoflächen zur Erhöhung der Biodiversität und gleichzeitig auch um die Bereitstellung von öffentlichen Gütern für die dortige Bevölkerung usw. Später haben wir von der *Bundesanstalt für Agrarwirtschaft* versucht, Umweltleistungen der Landwirtschaft zu quantifizieren. Das Ganze ist dann in das Konzept der *Multifunktionalität* eingeflossen. Also, das zieht sich schon lange hin. Sie machen das nun in einer sehr systematischen Weise, was sehr zu begrüßen ist. Man kann nur hoffen, dass das auch irgendwann einmal in der jetzigen Diskussion über die *Gemeinsame Agrarpolitik (GAP)* durchschlagen wird, insbesondere wäre das ein Thema für die Zweite Säule der GAP.

Schaller: *Paul Weiss* ist einer der aktivsten Experten in unserem StakeholderInnengremium. Er war damals auch im Distelverein sehr aktiv. Wir haben da natürlich sehr viel diskutiert und das Thema ist tatsächlich altbekannt.

Pevetz: In anderen Regionen, in Berggebieten, hat es intensive Diskussionen mit dem Fremdenverkehr gegeben. Da ist sogar einmal eine Staatssekretärin extra aufmarschiert, um den Landwirten solch fürchterliche Vorschläge abzuwürgen.

Aschenbrenner: Ich möchte diese vielen Anglizismen in Ihrem Vortrag kritisieren. Viele in diesem Raum können wahrscheinlich nicht einmal zweifelsfrei den Unterschied zwischen Shareholder und Stakeholder erklären. Was sind Trade-offs zwischen öffentlichen Gütern? Das sagt vielen nicht sehr viel. Vielleicht sollte man diese Ausdrücke künftig einfach übersetzen? Zum Schluss behaupten Sie in einer Folie, dass eine Landwirtschaft ohne Viehhaltung zu Humusabbau führe im Marchfeld. Das ist gerade im Marchfeld nicht der Fall. Das sind Behauptungen, die gut ankommen, scheinbar einsichtige, die aber einfach nicht stimmen. Wenn Sie mit solchen Ergebnissen nach Brüssel gehen, dann frage ich mich, wie das zusammenhängt. Es stimmt einfach nicht, der Humusgehalt nimmt entgegen aller Unkenrufe aus gewisser Absicht, bestimmten Szenen und politischer Richtung nicht ab.

Schaller: Sie sind der Meinung, ich hätte festgestellt, dass die viehlose Landwirtschaft im Marchfeld zu Humusreduzierung führe. Das ist so nicht richtig, die Folie, auf die Sie sich beziehen fasst lediglich Aussagen der StakeholderInnen und ExpertInnen zusammen, die auf dem Workshop darstellen sollten, welche hemmenden Faktoren sie bezüglich einer Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit durch erhöhten Humusaufbau im Marchfeld sehen. Insofern entspricht das nicht meiner persönlichen Meinung oder wäre ein Argument, das wissenschaftlich hinterlegt wäre. Im Workshop wurde diskutiert, welche Faktoren einen Erfolg unserer Maßnahmen und der Mechanismen erschweren können. In diesem Fall war eine/r unsere StakeholderInnen der Meinung, dass die viehlose Landwirtschaft erschwerend für den Humusaufbau wirken kann.

Aschenbrenner: Also, es kann sein, dass diese Aussage falsch ist?

Schaller: Es ist die Meinung einer/s Stakeholders/in auf dem Workshop, genau.

Aschenbrenner: Aber da steht apodiktisch: „es ist so“! Man kann sich immer Experten suchen, welche die eigene Meinung vertreten.

Schaller: Da haben Sie Recht. Ich werde Ihre Kritik aufnehmen und mich bemühen, hier deutlich zu machen, dass es sich um eine Aussage handelt. Ein Kollege an unserem Institut hat selbst einen großen Biobetrieb im Marchfeld und kann einen guten Humusaufbau in seinen Böden aufweisen. Das ist ein Gemüsebetrieb ohne Viehhaltung. Wenn man mit entsprechenden Maßnahmen wie mit Kompost oder Leguminosen-Fruchtfolgen arbeitet, gibt es keinen Grund, warum das nicht funktionieren sollte. Hier ist das aber tatsächlich ein Statement eines/r Stakeholders/in, der die fehlende Viehhaltung im Marchfeld als potenziell hemmenden Faktor für einen Humusaufbau in der Region ansieht.

Aschenbrenner: Ich selber habe einen viehlosen Biobetrieb, aber unter erschwerten, feuchteren Bedingungen. Und da stimmt das auch nicht.

Hambusch: Sie haben auf Ihrer letzten Folie sogenannte Trade-offs, d.h. widersprüchliche Ziele, angeführt. Könnten Sie da auch auf die Mechanismen eingehen? Wie kommt es da zu einer Qualifizierung einer guten steuerpolitischen Maßnahme? Ich denke da z.B. an Tierwohl versus Klimaschutz, Anbindehaltung versus Emissionen, wo es eben verschiedene Ziele gibt. Wie bewerte ich da eine Maßnahme, die auf unterschiedliche öffentliche Güter und unterschiedliche Wirkungen gezielt ist. Es ist schwierig da zu einer finalen Entscheidung zu kommen, wie man da diese Maßnahmen einsetzt, wohlwissend dass man auf der einen Seite wir dann eine Reduktion des einen Ziels, auf der anderen eine Erweiterung haben. Wie schätzen Sie das ein?

Schaller: Ich sehe das so: es ist unglaublich schwierig. Das ist einfach so. Es gibt unterschiedliche Ziele und theoretisch müsste man bewerten wie viel die unterschiedlichen Ziele wert sind und dann optimieren. Grundsätzlich wird die Wahl der Ziele wohl durch viele externe Faktoren gesteuert. Die Tierwohldebatte kommt z.B. jetzt in der Gesellschaft an, was auch gesellschaftlichen Druck erzeugt. Entscheidungen, was gefördert werden soll, werden wohl zu großen Teilen aus gesellschaftlichen Druck getroffen und aus politischer Zielsetzung. Die optimale Lösung können wir mit PROVIDE nicht liefern.

Aber man kann aus dem Projekt sehen, dass es beim Thema der öffentlichen Güter Sinn macht, „größer“ zu denken und Systemansätze zu wählen, die sich mit der Frage beschäftigen, was hinsichtlich des Gesamtsystems die beste Lösung wäre. Jochen Kantelhardt und ich waren im letzten Jahr bei einem Workshop in Brüssel, wo derartige Systemansätze diskutiert wurden.

Plank: Ich habe zwei Fragen zum Stakeholderprozess und zum Workshop. Zum einen haben Sie diese Stakeholderermüdung angesprochen. Da würde mich interessieren, ob es im Projekt rein pragmatisch auch Projektgelder gibt, die für Stakeholder gedacht sind, oder ist das überhaupt möglich in dem Setting, damit man diese für ihre Arbeit ein bisschen entlohnen kann. Wie ist im Endeffekt die Themenauswahl dann wirklich methodisch erfolgt, weil Sie angesprochen haben, dass es manchmal die Schwierigkeit gibt, damit umzugehen, wenn eine Stimme besonders laut ist, wenn es z.B. einen Agenda-Setting-Prozess gibt, der von einer Person gesteuert wird? Auf der anderen Seite war dann das Beispiel mit der Wasserqualität, welches Sie bewusst aufgegriffen haben. Wo gehen Sie mit Themen der Stakeholder mit und sagen, dass es aus unserer Perspektive trotzdem wichtig dieses Thema aufzugreifen oder nicht zu behandeln?

Schaller: Beim Thema Stakeholderermüdung war es tatsächlich so, dass es in dieser *Horizon 2020 Research and Innovative Action*, die einen reinen Forschungsprojektansatz hatte, kein Geld für die Stakeholderbeteiligung gab, obwohl die Stakeholderbeteiligung im Antrag sehr prominent war. Ich halte das nicht für ein unlösbares Problem, weil man durchaus interessierte Personen findet. Natürlich sind drei Jahre lang, um eine freiwillige Beteiligung zu garantieren. Zu einer gewissen Jahreszeit, z.B. im Mai, können bspw. die LandwirtInnen nicht oder schlecht zu Workshops kommen, da sie etwas anderes zu tun haben. Das ist das Problem, wenn man die StakeholderInnen in einem solchen Forschungsansatz nicht als Projektpartner integrieren kann. Gerade bei den *Horizon 2020* Projekten gibt es aber auch partizipative

Projekte, wo StakeholderInnen mit in die Forschungskonsortien integriert werden. Diese Konsortien bestehen dann aus vielzähligen PartnerInnen, deren Einsatz über das Projekt abgegolten wird. Ich sehe die freiwillige Beteiligung durchaus problembehaftet, weil die Workshops oft sehr lange dauern und die Zeit, die die StakeholderInnen aufbringen nicht bezahlt wird. Man muss darauf hoffen, dass das Thema auf Interesse stößt.

Chr. Gruber: Werden Sie es einmal konkret, wer waren Ihre Stakeholder im Marchfeld? Die Frage ist nicht, was man denen zahlt, sondern was der vermeintliche Nutzen für die Stakeholder bei einer Beteiligung sein könnte, den sie auch real mitkriegen. Ich muss ganz offen sagen, dass ich vieles überhaupt nicht verstanden habe, weil das Projekt sehr komplex und nicht unbedingt meine Thematik ist. Aber ich habe mir schon immer wieder gedacht, dass Sie eigentlich alleine von den Stakeholdern ein irrsinniges Wissen über Konflikte haben müssten. Wäre ich die EU, dann würde mich die Konfliktebene viel mehr interessieren als ein reiner Mechanismus. Um Konflikte aufzuzeigen, ist das Stakeholderwissen eine enorme Fundgrube. Öffentliche Güter marktwirtschaftlich zu steuern, ist ein Widerspruch für mich, weil sie allen zugutekommen. Daher sind sie von allen, sprich von der öffentlichen Hand auch zu finanzieren. Ich habe in meinem Umfeld genau diese Kritik geäußert. Der *Willingness-to-Pay* Ansatz erscheint mir mehr als fragwürdig. Soweit ich *Karl Polanyi (1978, ursprünglich 1944)* verstanden habe, ist ja gerade der freie Markt das Übel, das öffentliche Güter gefährdet. Über neoliberale Marktmechanismen lässt sich meiner Meinung nach das Gemeinwohl nicht retten, ganz im Gegenteil.

Schaller: Ich möchte hier nicht alle Stakeholder namentlich aufzählen, aber es waren z.B. die *Marchfeldkanal-Betriebsgesellschaft*, die *Agrarbezirksbehörde*, diverse konventionelle und Bio-LandwirtInnen, Vertreter des *Umweltbundesamts*, Vertreter aus der *Niederösterreichischen Landesregierung* und dem *WWF (World Wide Fund for Nature)*, Bürgermeister und Bürgermeisterinnen, die *LEADER Aktionsgemeinschaft* vertreten und auch Vertreter aus dem Ministerium. Die StakeholderInnengruppe war also relativ weit gestreut. Der Nutzen dieser Integration für uns war die Entwicklung von Maßnahmen. Wir haben oft von den Stakeholdern das Feedback bekommen, dass sie dieses Thema interessiert. Sie wollten auch, dass wir diese Informationen und ihre Anliegen nach Brüssel. Darüber hinaus erhalten die Beteiligten natürlich auch alle Ergebnisse und Analysen. Das ist allerdings im Endeffekt das einzige was wir im Projekt für sie leisten können, abgesehen davon Ideen weiter zu entwickeln und die Vernetzung zu gewährleisten. Der Nutzen für die StakeholderInnen war die Vernetzung und der Wissenstransfer. In den Workshops wurde untereinander sehr viel diskutiert, z.B. auch mit Vertretern des Ministeriums. Der für unser Projekt in der Agrarkommission zuständige Betreuer hat uns sehr in Richtung einer methodischen Analyseebene gedrängt, weil das Schwesterprojekt PEGASUS sich in den Fallstudien stärker auf die Konfliktebene konzentriert hat. Dort wurden die Konflikte viel stärker beleuchtet. Diese beiden Projekte ergänzen sich hierin also gut. Neben den mathematischen Modellierungen und monetären Bewertungen wurden in PROVIDE aber auch Konflikte angesprochen.

Raith: Wurde das Thema Marchfeldbewässerung mit Donauwasser in irgendeiner Weise erfasst?

Schaller: Im Endeffekt ist die Bewässerung im Marchfeld für die gesamte landwirtschaftliche Produktion maßgebend, auch für die Bio-Betriebe. Wir haben uns das Wasser nur hinsichtlich der Wasserqualität angeschaut. Wir hatten den Leiter von der Marchfeldkanal-Betriebsgesellschaft. Dieser hatte sehr stark dieses Thema angesprochen.

Dax: Es wurde bereits erwähnt, dass PROVIDE und PEGASUS sehr komplementäre Ansätze hatten. Das wurde von der EU-Kommission auch so beabsichtigt. PEGASUS hatte insbesondere stärker einen systemischen Ansatz verfolgt. Was auch wichtig ist zu erwähnen, dass PEGASUS im Gegensatz zu PROVIDE in Österreich kein intensives landwirtschaftliches Produktionsgebiet untersuchte, sondern eher extensive Gebiete. In PEGASUS wurden generell vermehrt extensive Gebiete beobachtet. Es gibt aber auch Überschneidungen, wie z.B. Kooperation kommt auch in PEGASUS vor, vielleicht noch stärker als bei PROVIDE. Die Ergebnisse unterstützen sich gegenseitig sehr stark. Die Aussage „*Zahlungsbereitschaft deckt*

sich nicht mit den Kosten“ wurde so präsentiert, als ob das überraschend wäre. Ich denke, dass das gar nicht überraschend ist. Beim Thema öffentlicher Güter ist das ja fast zu erwarten, dass dies nicht der Fall ist, außer die Gesellschaft ist so weit und hat schon so ein großes Bewusstsein, dass sie das voll abdecken möchte.

Schaller: Wenn man über Zahlungsbereitschaft spricht, dann hört es sich so an, als wäre sie ausreichend vorhanden. Im Grunde genommen ist sie aber noch zu niedrig.

Dax: Man könnte hier nämlich einen falschen Schluss ziehen, dass die Zahlungsbereitschaft so stark sein sollte, damit sie die Kosten abdeckt. Das kann aber bei öffentlichen Gütern nicht erwarten, vielleicht bei manchen, aber nicht bei allen. Wenn man auf die Gesamtheit dieser Güter schaut, dann wird es immer diese Diskrepanz geben, weil sonst wären sie keine öffentlichen Güter mehr.

Schaller: Das Thema „öffentliche Güter“ ist natürlich komplex. Insofern sind Analysen der Zahlungsbereitschaft immer kritisch zu hinterfragen. Wenn man beispielsweise fragt „*wieviele zahlen Sie für die Vermeidung von Emissionen von 30.000 Haushalten im Marchfeld?*“ kann nur eine Art „Hausnummer“ als Antwort kommen, weil die Kosten und auch der Nutzen einer solchen Vermeidung für die Befragten in der Regel nicht einschätzbar sind. Was man wahrscheinlich dennoch sagen kann ist, dass es ein Bewusstsein gegenüber dem Thema gibt und dass für eine verbesserte Bereitstellung auch zusätzliche Zahlungsbereitschaft besteht. Es ist nicht so, dass Betroffene sagen, es soll so bleiben, wie es ist.



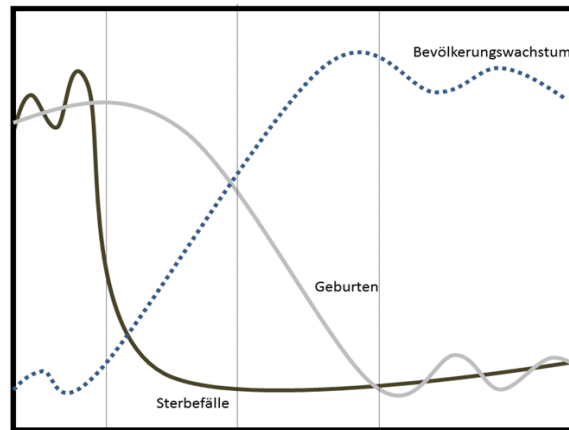
Im zweiten Vortrag berichtete die Bevölkerungsgeographin *Elisabeth Gruber* vom *Institut für Geographie und Regionalforschung der Universität Wien* über *„Das Konzept des Aktiven Alterns: Eine geeignete Strategie für ländliche Regionen im demografischen Wandel?“* Sie beschäftigt sich mit demographischen Veränderungen und wie sich diese im Raum manifestieren. Das Projekt *„Active Ageing“* wurde vor einigen Jahren mit der *Kleinregion Schneebergland* durchgeführt und 2014 abgeschlossen. Das Institut hatte dabei zwar die wissenschaftliche Begleitung, war aber nicht in allen Phasen des Projekts tatsächlich durchgängig aktiv. Deshalb wurde für den Vortrag eine zweite Perspektive in die Thematik des aktiven Alterns eingebaut, die auf Ergebnisse Ihrer Dissertation zur Ruhestandsmigration in ländlichen Räumen Österreichs zurückgehen. Dabei soll das Konzept des Aktiven Alterns auch ein wenig hinterfragt werden. Es gibt also zwei Perspektiven. Die erste Perspektive ist das Projekt *„Active Ageing“* in der Kleinregion Schneebergland und die zweite die Ruhestandsmigration im ländlichen Raum. Der Titel des Vortrags steht unter einem Fragezeichen, da am Ende keine eindeutigen Schlüsse gezogen werden können.

I. Demographischer Wandel

Wenn wir über *demographische Alterung* bzw. *Aktives Alter* sprechen, dann müssen wir darauf hinweisen, dass der Grund dafür die momentane natürliche Bevölkerungsentwicklung ist. Wenn wir uns die langfristige Entwicklung von Geburten und Sterbefälle anschauen, dann halten sich diese in Österreich und auch in anderen europäischen Ländern ungefähr die Waage. In den meisten Ländern ist aber die Fertilität nachhaltig niedrig und unter 2 Kindern pro Frau. Diese Entwicklung wird als der *„Zweite demographische Übergang (SDT Second Demographic Transition)“* (vgl. *Van de Kaa 1987, Van de Kaa & Lesthaeghe 1986*) bezeichnet. Schließlich führt dies dazu, dass die Geburten kein *„natürliches Replacement“* der Bevölkerung mehr bewirken. Die Bevölkerung wächst hauptsächlich nur noch aufgrund von Zuwanderung, im Fall von Österreich aufgrund internationaler Zuwanderung und auf regionaler Perspektive auch aufgrund von Binnenwanderungen. Das bewirkt, dass es durch den Rückgang der Geburtenzahlen und Zunahme der Langlebigkeit immer zu einer Alterung der Bevölkerung kommt, auch wenn wir eine Zuwanderung haben. Die Zuwanderung kann aufgrund von junger Zuwanderung vielleicht abmildernd wirken, die demographische Alterung der Bevölkerung, die durch den Prozess des

Geburtenrückgangs ausgelöst wird, ist dennoch irreversibler und auch nachhaltig.

Grafik 1: Modell des demographischen Übergangs/demographischen Alterung



Quelle: E. Gruber 2018

Dieses Phänomen lässt sich für ganz Österreich beobachten. Viele ländlich-periphere Bereiche erleben keine starke Zuwanderung und wachsen auch nicht, anders als z.B. ländliche Stadt-Umland-Bereiche. Ländliche Räume können aber auch sehr attraktive Wohnstandorte mit großer Dynamik sein. In den ländlich-peripheren Regionen erleben wir aber grundsätzlich eher Abwanderung und daher eine ausgeprägtere demographische Alterung. Warum ist das so? Man muss sich fragen, wer generell wandert. Das sind junge Bevölkerungsgruppen, sowohl bei der Abwanderung als auch Zuwanderung. Das sieht man beim Wanderungsaufkommen in Österreich. Dort sind die Hälfte der Wandernden zwischen 20-30 (40) Jahre alt. Wenn man generell über Wanderung sprechen, dann sprechen wir immer über junge Bevölkerung. Wenn wir hier netto gesehen eine Abwanderung haben, dann wird die Bevölkerung demnach noch schneller älter. Dies zeigt sich in den meisten ländlichen Räumen. Zusätzlich führt diese Strukturänderung auch dazu, dass wir fehlende potentielle Eltern haben. Es gibt hier also auch eine Rückkoppelung auf die Geburten. D.h. wenn junge Menschen abwandern, dann gibt es auch weniger Geburten. Alter wirkt als Merkmal auf Wanderungen selektiv. Das ist auch beim Geschlecht der Fall. Wo in Österreich mehr junge Frauen und wo mehr junge Männer abwandern, ändert sich auch im Zeitverlauf sehr stark. Im Südlichen Waldviertel sind in den 1970er Jahren vermehrt junge Frauen abgewandert. Mit der Zeit hat es sich dort wieder angeglichen (Bauer et al. 2013). Im Rahmen des ÖREK (Österreichisches Raumentwicklungskonzept) Partnerschaft „Strategien für Regionen mit Bevölkerungsrückgang“ wurden Berechnungen angestellt und für einen Zeitraum von elf Jahren alle Regionen untersucht (Hiess et al. 2017). Dabei zeigten sich signifikante Unterschiede im Wanderungsverhalten von jungen Frauen und Männern in den Altersgruppen 15 bis 19, 19 bis 24 und 24 bis 29 Jahren. Aus den entlegenen peripheren Räumen wandern junge Frauen in den Altersgruppen zwischen 15 und 24 Jahren stärker ab als junge Männer. Später wendet sich das Blatt aber wieder ein wenig. Für eindeutige Aussagen sind sehr differenzierte Berechnungen notwendig und man muss dabei auch auf die räumliche Einheit achten. Pauschale Aussagen lassen sich für Österreich auch bei den Zuwanderungsorten nur schwer treffen. In manchen Wiener Umlandgemeinden zeigt sich eine starke Zuwanderung von Frauen, wo wir nicht wissen, wie sich das erklären lässt. Wir wissen nicht warum sie nicht in die Kernstadt gezogen sind, sondern in die Stadtumlandbereiche. Es gibt eine selektive Wirkung. Wie diese dann aber im Detail ausschaut, müsste man sich genauer anschauen, um die Mechanismen herauszufinden. Es gibt hier auch eine starke zeitliche Komponente. Wenn man sich das Thema Alterung anschaut, dann muss man auch eine Geschlechtskomponente mitdenken. Alterung ist auch ein weibliches Thema, denn Frauen haben nach wie vor eine höhere Lebenserwartung als Männer.

Die Herausforderungen im Alter sind trotzdem für beide Geschlechter wahrscheinlich gleich, v.a. wenn

man diese auf die räumliche Komponente bezieht. Die Herausforderungen sind im ländlichen Raum dabei im Alter nochmals stärker ausgeprägt. Zu diesen Herausforderungen zählt das „*Sich versorgen*“ in den Bereichen Mobilität, Gesundheit und Wohnen. Dies ist in manchen ländlichen Regionen vielleicht schwieriger als in Kernstädten oder zentralen Bereichen dörflicher Strukturen. Als besondere Herausforderung im ländlichen Raum ist die Mobilität zu nennen v.a. im Hinblick auf den individuellen Personenverkehr. Eine weitere Herausforderung ist die Versorgungsinfrastruktur und deren Verfügbarkeit und Erreichbarkeit. Ein Ergebnis aus dem Projekt *Active Ageing* ist, dass das informelle Netz in ländlichen Gemeinden zwar stärker ausgeprägt ist, was einerseits als positiv genannt werden kann, aber dafür gibt es aber oft auch weniger formelle Versorgungsmöglichkeiten, bedingt durch die Abwanderung aus dem ländlichen Bereich. Teilweise macht sich aber auch ein fehlendes informelles Netz bemerkbar, wenn die Eltern und Großeltern übrigbleiben. Demnach ist die demographische Alterung sicherlich ein Thema für den ländlichen Raum.

II. Das Konzept des „Aktiven Alterns“

Das Konzept des „*Aktiven Alterns*“ ist eigentlich eine auch von der Europäischen Union verfolgte politische Strategie als Antwort auf die demografische Alterung. Aktives Altern wurde zur politischen Priorität ernannt und bedeutet schlussendlich, den „*Menschen dabei zu helfen, ihr Leben so lange wie möglich selbstständig zu führen und – wenn möglich – einen Beitrag zu Wirtschaft und Gesellschaft zu leisten (Europäische Kommission 2014).*“ Die Europäische Union hat also hier die Herausforderungen der demographischen Alterung erkannt und möchte durch Aktives Altern die Auswirkungen abmildern. Die größte Herausforderung dabei ist bestimmt die Zunahme der hochbetagten Bevölkerung (80+) und deren potentiellen Pflegebedarf, sowie die Abnahme der Erwerbsbevölkerung, was sich wiederum auf die Wirtschafts- und Innovationsleistung auswirkt.

Das Konzept des Aktiven Alterns ist demnach auch in diversen Strategien der Europäischen Union verankert, beispielsweise in der *Europa 2020 Strategie*^{*}. 2012 war das „*Europäisches Jahr des aktiven Alterns und der Solidarität zwischen den Generationen*“. Das Projekt „*Active Ageing*“ war auch ein Produkt dieser damals propagierten Strategie. *Lösungsansätze* werden von der Europäischen Union sicher darin gesehen, dass man sich Überlegungen macht, wie Pflege und Versorgung der hochbetagten Bevölkerung auszusehen hat und welche Maßnahmen es im Bereich des Arbeitsmarkts gibt, um die Bevölkerung länger im Arbeitsmarkt zu halten. Damit einhergehend gibt es auch das Thema des lebenslangen Lernens und vielleicht auch des Umorientierens am Arbeitsmarkt. Mobilität als solches wird auch wieder in Bezug auf die Versorgungsmöglichkeit angesprochen. Ganz zentral ist auch das Thema Wohnen, das vielleicht auch ein wenig mit der Pflege in Zusammenhang steht. Wie kann man eigentlich selbstständig wohnen bleiben und trotzdem gut versorgt sein? Dazu gibt es ganz generell noch das Thema der Partizipation. Die Liste ist deutlich länger. Hier wurden nur einige Punkte ausgeführt.

Die *Leitlinien für Aktives Altern*[†] stehen im Zusammenhang mit den gerade angeführten Themenfeldern. Es geht hier um die Stärkung des sozialen Zusammenhaltes, die Förderung der Teilnahme am Arbeitsmarkt, die Förderung ehrenamtlicher Tätigkeiten (bezugnehmend auf Partizipation), die Anerkennung des Stellenwertes aller Altersgruppen und ihres Beitrags zur Gesellschaft, Gesundheitsförderung, Krankheitsvorbeugung, lebenslanges Lernen und unabhängiges Leben. Mit diesen Leitlinien soll ein Aktives Altern propagiert und ermöglicht werden.

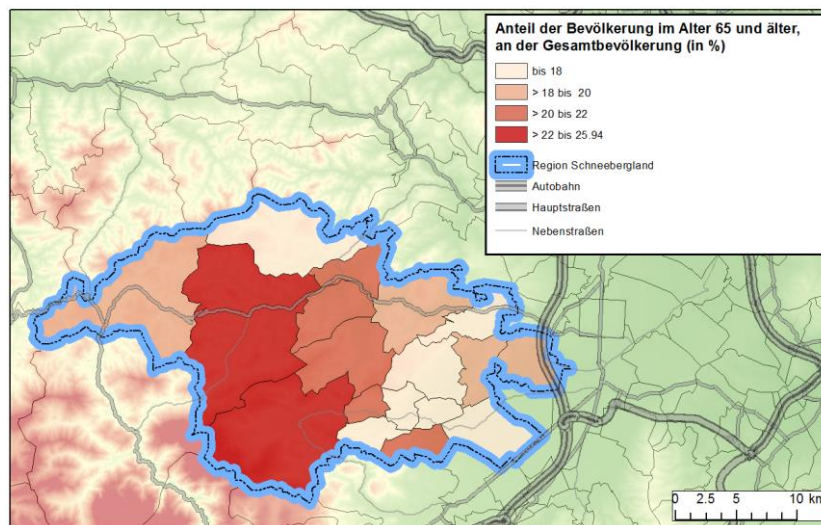
^{*} Europa 2020 ist ein auf zehn Jahre angelegtes Wirtschaftsprogramm der Europäischen Union, das am 3. März 2010 von der Europäischen Kommission offiziell vorgeschlagen und im Juni 2010 vom Europäischen Rat verabschiedet wurde. Ziel ist „intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“ mit einer besseren Koordinierung der nationalen und europäischen Wirtschaft. Europa 2020 ist das Nachfolgeprogramm der Lissabon-Strategie, die von 2000 bis 2010 verfolgt wurde.

[†] <http://register.consilium.europa.eu/doc/srv?l=DE&f=ST%2017468%202012%20INIT>

III. Perspektive 1: Das INTERREG Projekt „Active Aging“ – Region Schneebergland als Modellregion für Aktives Altern (ETZ-Projekt)

Im INTERREG Projekt „Active Ageing“, welches 2014 abgeschlossen wurde, stellte sich die Frage, ob dort wo die Herausforderungen größer sind, eventuell auch ein größeres Potential gegeben ist, „Aktives Altern“ als Leitstrategie einzuführen und umzusetzen. Wie bereits erwähnt ist demografische Alterung im ländlichen Raum als Herausforderungen jedenfalls stärker präsent. INTERREG Projekte[‡] sind keine klassischen Forschungsprojekte. Es geht dabei um die Erarbeitung von Kooperationsmechanismen. Unser Institut war dennoch als wissenschaftliche Leitung dabei, um Qualitätssicherung zu leisten, um vielleicht auch trotzdem wissenschaftliche Erkenntnisse in das Projekt miteinzubringen. Dazu wurde analysiert, welche Voraussetzungen es dazu in der *Kleinregion Schneebergland* gibt. Diese Region liegt im Einzugsbereich von Wiener Neustadt.

Grafik 2: Altersaufbau in der Region Schneebergland



Quelle: E. Gruber 2018

Die Partnerregion in diesem INTERREG Projekt war *Keszthely* am Balaton in Ungarn. Die Voraussetzungen waren dort ähnlich, insofern es dort auch eine älter werdende Bevölkerung gegeben hat. Man muss jedoch generell sagen, dass auch innerhalb der Region Schneebergland sehr unterschiedliche Erwartungen und Herausforderungen existieren. Es gibt zentralere und periphere Lagen mit unterschiedlich ausgeprägter Alterung, nicht nur was die statistischen Maßzahlen angeht, sondern auch wie das in der Region wahrgenommen wurde. Wir haben da mit den Entscheidungsträgern, mit Bürgermeisterinnen bzw. Amtsleitern gesprochen, aber auch mit der Bevölkerung vor Ort. Da wurden schon relativ unterschiedliche Herausforderungen dargestellt, beispielsweise auch zwischen Abwanderungs- und Zuwanderungsgebieten. Die vermeintlich jüngeren Regionen hatten unterschiedliche Sozialstrukturen. Sie haben nicht so sehr den sozialen Zusammenhang gesehen wie z.B. Regionen mit stärkerer Abwanderung und Alterung. Überall relativ gleich waren die Herausforderungen was Wohnen und Mobilität angeht. Der Großteil der befragten Bevölkerung möchte gerne daheim alt werden. Es wird für die Gemeinden eine Herausforderung sein, um die Versorgung zu ermöglichen. Einige Gemeinden haben mittlerweile Einkaufsfahrten für alle jene organisiert, die vielleicht keine Kinder oder Enkel haben, die sie versorgen könnten. Das sind die typischen Herausforderungen, die jetzt vielleicht gar nicht so typisch ländlich sind, aber aufgrund längerer Fahrzeiten und schwierigen Erreichbarkeiten sind sie

[‡] INTERREG ist eine Gemeinschaftsinitiative des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), welche auf die Förderung der Zusammenarbeit zwischen EU-Mitgliedstaaten und benachbarten Nicht-EU-Ländern abzielt.

nochmals stärker ausgeprägt.

Ziel dieses Projekts war, die Leitlinien und Ziele der europäischen Union auf regionaler Ebene herunter zu brechen, d.h. einerseits die Herausforderungen vor Ort durch die angesprochene Befragung der BewohnerInnen und Bürgermeister zuerkennen, andererseits wollten wir auch verschiedene Pilotaktivitäten setzen, um die Verwirklichung der Ziele im Bereich des Arbeitsmarkts, der Versorgung und der Mobilität zu ermöglichen. Auch im Bereich der Partizipation gab es verschiedene Möglichkeiten, indem man versuchte *Senioren-* und *Generationentreffs* zu etablieren. Teilweise gab es diese schon, teilweise auch gar nicht. Vor allem das Generationenübergreifende, nicht die Familien Betreffende, ist eine große Schwierigkeit in vielen Gemeinden.

Auf der Homepage des Regionalverbands Industrieviertel (<http://www.industrieviertel.at/projekte/active-ageing/projekt-active-ageing-endet-erfolgreich-mit-nachhaltigen-produkten>) sind alle Endberichte des Projekts aufgelistet. Beispielsweise wurde ein *Nahversorgungskonzept* für die Gemeinden errichtet. Ein weiteres Konzept gibt es für die *Barrierefreiheit*. Dazu fanden verschiedene Workshops statt, wo auch praktische Erfahrungen gesammelt wurden, wenn sich z.B. der Bürgermeister mit einem Rollstuhl durch den Ort bewegen musste, um Problemlagen zu erkennen. Das Nachempfinden war eine Strategie, die man versucht hat. Mit der *Mobilen Hilfe* hat man versucht pilothaft ein ehrenamtliches Netzwerk zu generieren für alle jene Bereiche, bei denen es das noch nicht gibt. Es geht dabei Personen zu finden, die telefonisch erreichbar für kleinere Hilfsarbeiten bereitstehen. Drei Gemeinden haben dieses Konzept erfolgreich umgesetzt. Das braucht natürlich eine lange Vorlaufzeit bis es etabliert ist.

Was waren die *Herausforderungen in der Umsetzung*? Ein INTERREG-Projekt ist immer gut um Ideen zu generieren und Pilotaktivitäten auszuprobieren. Eine nachhaltige Umsetzung kann dabei wahrscheinlich eher nicht garantiert werden alleine schon, weil die Mittel natürlich mit Ende des Projekts auslaufen und vielleicht auch weil die Akzeptanz oder Identifikation nicht über die Projektteilnahme hinausgehen. Es ist zudem nicht immer einfach die Gemeinde nachhaltig zu involvieren, wenn sie selber nicht der Projektnehmer sind, sondern wie in dem Fall die Kleinregion. Bei solchen Projekten wird immer stärker gefordert, dass man mit den Regionen oder den Gemeinden partizipiert. Es gibt aber für diese keinerlei oder nur wenige Incentives und nicht alle Gemeinden haben ausreichend Zeitressourcen. Gleichzeitig läuft oftmals nicht nur ein Projekt, sondern viele Projekte parallel. Man fühlt sich dann manchmal irgendwie schon etwas belastigend, wenn man wieder eine Umfrage oder einen Workshop machen möchte. Teilweise ist aber das Thema schon auf großes Interesse gestoßen. Aber wenn eine Idee nicht in der Gemeinde oder Region selbst geboren wird, dann hat das immer eine gewisse Halbwertszeit. Es ist wirklich schwierig immer alle Akteure so einzubinden, dass sie dann das Projekt als ihr eigenes anerkennen und weiterführen, so wie man sich das vorstellen würde.

Aufgrund unterschiedlicher Herausforderungen in den Orten war es zudem oft schwierig, ein Projekt zu implementieren. Es gab z.B. einige Bürgermeister, die gesagt haben: *„Wir sind alle so gut vernetzt. Wir brauchen solche Pilotaktivitäten gar nicht. Wir kennen uns eh alle. Bei uns ist jeder gut versorgt.“* Wir konnten diese Aussagen nicht überprüfen, da wir dazu nicht genügend Personen befragt haben. Vielleicht werden auch nur das Problem bzw. die Herausforderung nicht erkannt, oder das Problem wird wirklich zur Genüge abgedeckt. Ähnlich ist es auch mit der grenzüberschreitenden Kooperation. Jede Region hatte ihre eigenen Wünsche an das Projekt. Dass man wirklich gemeinsam Pilotaktivität in beiden Gemeinden oder Regionen in gleichem Maße umsetzt, ist daher natürlich eine Schwierigkeit.

Der *Befund* aus dem Projekt ist, dass es wirklich viele gute Ideen und Aktivitäten gab, aber der Nachhaltigkeitscharakter bei der Implementierung von Pilotaktivitäten bzw. Projektaktivitäten ist zu hinterfragen.

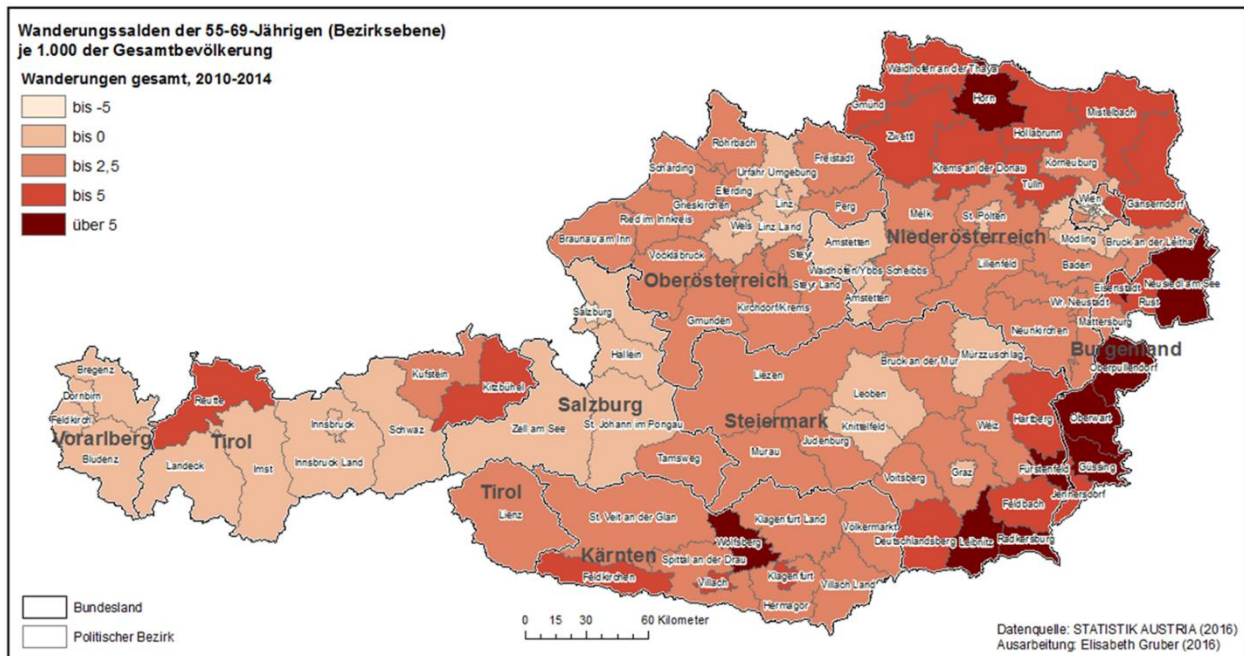
IV. Perspektive 2: Ruhestandsmigration im ländlichen Raum

Mit der zweiten Perspektive möchte ich meine eigene Studie vorstellen, wo ich mich mit dem Thema Ruhestandsmigration mit dem Fokus auf ländlich-periphere Regionen beschäftigt habe. Ich versuchte dies in das Thema des Aktiven Alterns einzubauen, da es nicht immer zielführend ist Aktives Altern als politische oder wirtschaftliche Strategie anzusehen, sondern auch als Konsequenz, dass Personen mit höherer Lebenserwartung im Alter aktiver sind, dass sie quasi einen neuen Lebensabschnitt beschreiten und damit sich auch neue Potentiale oder Möglichkeiten ergeben, einerseits für die älteren Generationen selbst, aber auch für Gemeinden und Regionen. Das Projekt ist eigentlich dadurch entstanden, dass ich gewisse Wanderungssalden in ländlich-peripheren Regionen beobachtet habe, für die ich keine Erklärung hatte und wo mir auch sonst niemand sagen konnte, worauf diese zurückzuführen sind. Ich habe dann begonnen, mich mit altersspezifischen Wanderungssalden auseinanderzusetzen. Dabei lässt sich in den letzten Jahren in Österreich eine immer noch sehr geringe, aber zunehmende Mobilität von Personen im Pensionierungsalter, d.h. ab dem 55. bis zum 69. Lebensjahr, beobachten. Dies war die Altersgruppe, die ich definierte. Bei der Auswertung der Wanderungsrichtungen ergibt sich ein sehr ungewöhnliches Bild, nämlich dass hier hauptsächlich ländliche Regionen bzw. ländlich-periphere Regionen bevorzugt werden und diese v.a. wiederum in Ostösterreich.

Das Phänomen *Retirement Migration* (Ruhestandswanderung) bekam in der geographischen Migrationsforschung seit den 1970er Jahren eine große Aufmerksamkeit und ist auch gut erforscht (*siehe Gruber 2017*). Die Zuwanderung in eher ungewöhnliche Orte für Migration war der Grund, warum viele Geographen begonnen haben, sich damit zu beschäftigen. Man kann dieses Phänomen beispielsweise in Frankreich, in den USA, in Spanien beobachten. Das sind generell überwiegend ehemalige Abwanderungsregionen, die von pensionierten Personen bzw. SeniorInnen aufgesucht werden. Florida als Beispiel ist hier sehr gut bekannt. Das wurde dort auch zu einer Maschinerie ausgebaut mit eigenen Siedlungen. Bei Florida war das aber auch eine politische Strategie, die dazu führen sollte, neue Bewohner zu akquirieren. Und ist damit nicht unbedingt nur zufällig entstanden. Ein solch ungewöhnliches Muster im Vergleich zu anderen Migrationsformen kann deshalb beobachtet werden, weil es durch die Pensionierung keine Abhängigkeit mehr vom Arbeitsplatz gibt. Man ist ungebundener und hat vielleicht auch neue Möglichkeiten und Zeit nach der Erwerbstätigkeit. D.h. man sucht vielleicht einen Ort auf, der mit nostalgischen Beziehungen oder Lebensträumen verbunden ist, wo man im Alter sich noch etwas verwirklichen versucht, aber auch sich zu beschäftigen. Ganz oft ist das z.B. auch mit Renovierungsarbeiten verbunden. Generell lässt sich das eigentlich für sehr viele Orte beobachten, sowohl in Europa, als auch in den USA. Es gibt es auch Forschungen zu Japan, wo kleine und landschaftlich attraktive Orte im Fokus dieser Ruhestandszuwanderung stehen (*vgl. Feldhoff 2011, Murakami et al. 2010*).

Meine Dissertation ist letzten Dezember in Buchform (*Gruber 2017*) erschienen. Neben einer Auswertung von statistischem Datenmaterial hatte ich mir die altersspezifische *Wanderungsstatistik 2002-2014* angeschaut. Am Anfang hatte ich auch begonnen diese Daten mit dem Geschlecht zu kombinieren, wobei ich das nicht weitergeführt habe, weil ich stärker auf eine qualitative Untersuchung umgestiegen bin. Die Fallzahlen waren so gering, dass man bei der Beantwortung der Forschungsfragen mit quantitativer Statistik relativ schnell an die Grenzen stößt. Es wurden zwei Fallstudien ausgewählt, das *Südburgenland* und das *Waldviertel*. Dort wurden verschiedene qualitative Befragungen durchgeführt mit BürgermeisterIn auf der einen Seite, aber auch mit Immobilienmaklern und „RuhestandsmigrantInnen“ selbst, die mir von den Bürgermeistern vermittelt worden sind und auch mit anderen regionalen Akteuren, z.B. aus der Regionalentwicklung und Raumordnung. Zusätzlich wurden auch Beobachtungen durchgeführt.

Grafik 3: Ruhestandsmigration: Räumliche Verteilung in Österreich



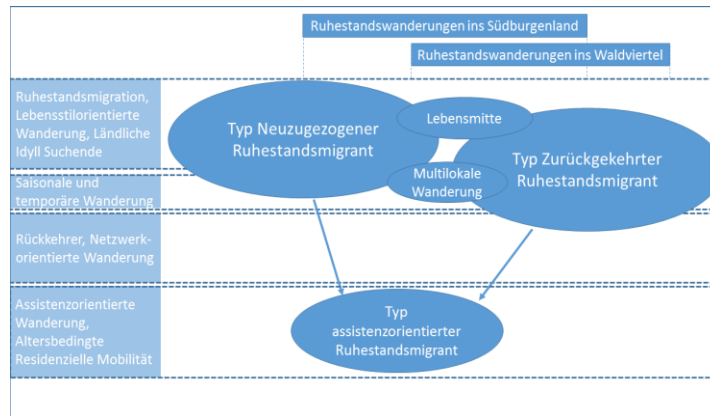
Quelle: Statistik Austria 2016, siehe E. Gruber 2017

Je dunkler die Farben in der Grafik zur räumlichen Verteilung, desto höher ist die Zuwanderung im Alter. Es handelt sich dabei allerdings um sehr kleine Fallzahlen. Relativ gesehen ist das Verteilungsmuster der Ruhestandszuwanderung doch ein anderes als bei der jungen Wohnbevölkerung. Ursprünglich hatte ich angenommen, dass es sich einfach um den Residualwert handelt. Meine anfängliche Vermutung, dass das ein statistischer Effekt ist, hat sich aber nicht bewahrheitet. Es ist kein ausschließlich statistischer Effekt.

Dennoch konnte ich die Bedeutung der Statistiken nicht rein aufgrund der quantitativen Untersuchung erklären. Daher wurde in den beiden Regionen Untersuchungen angestellt und nachgefragt, ob diese Verteilung auch tatsächlich zu bemerken ist. Im Südburgenland erhielt ich immer wieder als Antwort: „Ja, wir haben da ganz viele Personen und die kommen vor allem aus Westösterreich.“ Also, das sind Salzburger, Tiroler und Vorarlberger, die hier Häuser kaufen. Das hat dann mein Interesse geweckt und schlussendlich dazu geführt, dass ich mir das genauer angesehen habe. In der zweiten Fallstudie Waldviertel sind hauptsächlich Personen aus Wien zugezogen.

Ich möchte kurz einzelne Ergebnisse dieses Forschungsprojekts präsentieren. Es wurden v.a. die unabhängigen jungen Alten (55.-69. Lebensjahr) untersucht, nicht die Hochbetagten. Allerdings werden viele dieser Ruhestandsmigranten natürlich irgendwann auch zu assistenzorientierten Migranten. Das passiert klarerweise und bedingt oft einen weiteren Umzug, v.a. bei Personen, die in sehr periphere Regionen gezogen sind. Generell gibt es Personen, die zurückkehren. Gerade im Waldviertel sind das viele, wobei die zurückgekehrten Ruhestandsmigranten nicht unbedingt genau dorthin gehen, wo sie herkommen, sondern nur ungefähr in die Region, teilweise auch in etwas größere Orte. Es gibt aber auch sehr viele, die zuvor keinen Bezug hatten zu den Regionen. Für mich war es eine neue Erkenntnis, dass es auch Personen gibt, die attraktive Wohnorte finden, ohne dass sie vielleicht jetzt nostalgische, familiäre Bezüge haben. Teilweise gibt es natürlich auch multilokal Lebende. In meiner Untersuchung wurde nicht so stark nach diesen gesucht. Gerade im Waldviertel gibt es sehr viele Personen, die nach wie vor in Wien vielleicht nur gemeldet sind, aber durchaus auch Wien als Wohnort benutzen. Generell lässt sich sagen, dass es auf jeden Fall den Typus der klassischen Ruhestandswanderung auch in Österreich gibt.

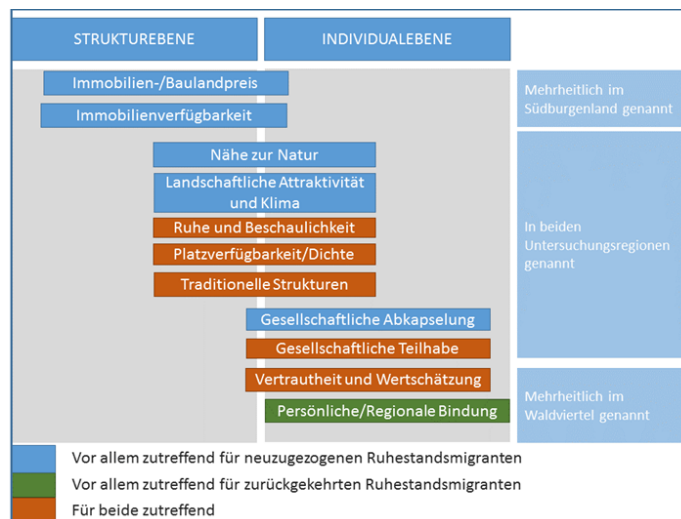
Grafik 4: Typen von RuhestandsmigrantInnen



Quelle: E. Gruber 2017

Die Motive für den Umzug sind nicht sehr überraschend. Es geht dabei viel um Immobilienpreise und um Baulandpreise, abgesehen von der internationalen Ruhestandswanderung, die wir v.a. in Tirol finden. Das Waldviertel und das Südburgenland sind die Regionen in Österreich mit den günstigsten Baulandpreisen. Was aber auch eine Rolle spielt, ist die Immobilienverfügbarkeit. Wir finden im Südburgenland in schönen Lagen verlassene Bauernhöfe, die für viele Personen sehr attraktiv als Rückzugsort wirken, die aber auch teilweise renovierungsbedürftig sind. Diese Renovierungsbedürftigkeit wurde sogar als Asset genannt und positiv bewertet. Es wird aber auch die Abgelegenheit und Nähe zur Natur gesucht. Neben der landschaftlichen Attraktivität wurde sehr häufig auch das Klima genannt. Es gibt im Südburgenland weniger Schnee als im westösterreichischen Bereich. Aufgrund der fehlenden Tallage gäbe es auch mehr Sonnenscheinstunden. Dies sind die klassischen Merkmale und Motive für die Ruhestandsmigration, die sich beispielsweise auch bei der internationalen *Retirement Migration* zeigt, wenn z.B. Personen von Skandinavien nach Spanien ziehen. Es war überraschend, dass man bei den meisten Interviews die Motive aus den 1970er Jahren eins zu eins ablesen konnte, ohne dass die meisten sich bewusst waren, dass es da auch andere gibt. Erst im Prozess des Erzählens ist vielen auch bewusst geworden, dass es da um bei der Ruhestandsmigration um ein besonderes Phänomen handelt, wenn z.B. angeführt wurde, dass da auch noch ein Salzburger hergezogen ist und dort drüben der ehemalige Landeshauptmann wohne usw.

Grafik 5: Motive des Umzugs



Quelle: E. Gruber 2017

Was für das Aktive Altern als Phänomen interessant ist, dass auch das Thema der gesellschaftlichen Teilhabe genannt wurde. Viele Personen ziehen in ländliche Bereiche, weil sie dort das Gefühl haben, noch an der Gesellschaft teilzuhaben. Das wurde v.a. im Zusammenhang mit Wien angeführt. Für viele war Wien nur ein Ort für eine Erwerbstätigkeit, ein Arbeitsplatz. Aus Tourismusregionen Stammende haben sehr oft auch gemeint, dass diese gesellschaftliche Teilhabe in den Tourismusorten nicht mehr funktioniere, weil jegliche Daseinsvorsorge nur noch für touristische Zwecke aufgezogen würde, was als Nachteil empfunden wird. Es gibt einige Zitate zum Thema, in der Pension nochmals eine gesellschaftliche Teilhabe zu haben. Folgende Person ist sehr bewusst mit diesem Ziel ins Waldviertel gezogen:

„In Wien gibt es auch gar nicht diese Möglichkeiten für die Pensionisten. Die können nur zu diesen Pensionistenvereinen gehen wo sie dann, was weiß ich, Karten spielen oder was oder in ein Wirtshaus gehen oder sie sitzen im Beserlpark. Was macht ein Pensionist in Wien? Ich mein, viele Möglichkeiten hat er ja nicht. Und da, da kann er sich wirklich gut einbringen, der Pensionist. Der kann seine Leistungskraft sozusagen noch zur Verfügung stellen.“ siehe Gruber 2017: 176

Dieser Herr ist mit 65 Jahren tatsächlich noch dem Roten Kreuz und der Freiwilligen Feuerwehr beigetreten. Auch seine Frau war in vielen Vereinen aktiv. Beide hatten bei ihrer Pensionierung nach Aktivitäten gesucht, wo sie noch wichtig waren. Im Waldviertel sind Personen sehr gefragt, die auch untertags tätig sein können oder z.B. für das Rote Kreuz fahren können. Dadurch konnte sich der Pensionist als besonderer und wichtiger Teil der Gemeinschaft fühlen, worauf er auch besonders stolz war. Aber auch von den Gemeinden werden „junge Alte“ als Potenzial erkannt. Junge Alte sind eine wichtige Gruppe und zwar nicht nur wirtschaftlich, sondern auch gesellschaftlich und vereinsmäßig, weil die Personen, die noch im Arbeitsleben stehen, eher als Konsumenten betrachtet werden, weil sie auch die Zeit und die Möglichkeiten nicht haben. Das steht natürlich auch mit den wirtschaftlichen Strukturen in Verbindung, denn wenn viele Personen pendeln, dann sind sie vor Ort untertags nicht verfügbar. Folgendes Zitat stammt ebenfalls aus dem Waldviertel:

„Ja das ist schon eine wichtige Gruppe, wie generell Senioren eine wichtige Gruppe wirtschaftlich, gesellschaftlich, vereinsmäßig geworden sind. Diejenigen, die noch voll im Arbeitsleben stehen, von denen hat man gesellschaftlich oder vereinsmäßig ja nicht so viel. Die wollen eher konsumieren.“ siehe Gruber 2017: 181

Man erkennt diese Ruhestandszuwanderer als nicht nur quasi als Langzeittouristen an, die da ihren Lebensabend verbringen, sondern auch deren Nutzen für die Gemeinschaft. Das wurde nicht allgemein, aber von einigen Gemeinden durchaus schon als Entwicklungsfaktor betrachtet.

Ich habe mich in meiner qualitativen Studie auch mit den Auswirkungen auf die Regionen beschäftigt. Man könnte das später vielleicht auch einmal quantitativ untersuchen. Generell potentiell positive Effekte sind z.B. die Ertragsanteile für die Gemeinden durch den Bevölkerungszuwachs. Es gibt eine Gemeinde, die das als Chance sehen, aber auch Investitionen in Immobilien, sowie Stärkung des Sozialkapitals und des kulturellen Kapitals können genannt werden. Gerade in Vereinen werden Personen, die vielleicht aus Wien zuziehen gerne z.B. als Schriftführer herangezogen. Sehr viele Personen wurden auch in Dorfverschönerungsvereine aufgenommen, weil man ihnen unterstellt hat und was vielleicht tatsächlich auch der Fall war, dass sie eine gewisse Außensicht haben, um Attraktivität im Ort besser erkennen zu können, was andere Personen schon nicht mehr können, die ein Leben lang hier waren. Auch in der Nachbarschaftshilfe sind viele der Neuzugezogenen aktiv.

Die potentiell negativen Effekte kamen alleine schon aufgrund des Forschungsdesigns nicht so gut zur Geltung. Bei Zuzug gibt es da wie dort immer wieder Konflikte, besonders wenn die Personen aus anderen Kulturkreisen kommen. Es muss auch klar sein, dass Ruhestandszuzug nicht als Allheilmittel für ländlich-periphere Regionen bezeichnet werden kann. Es gibt schon auch gewisse Infrastrukturen wie

Schulen und Kindergärten, die davon nicht profitieren. Was auch zu hinterfragen ist, was z.B. im Südburgenland nicht hinterfragt wurde ist, was eigentlich mit Personen passiert, wenn sie dann doch in ein hochbetagtes Alter kommen, wenn sie sich irgendwo angesiedelt haben, wo sie nicht gut versorgt werden können. Man könnte hier natürlich auch Angebote in den regionalen Zentren schaffen. Aber man muss dieses Faktum im Auge behalten.

Ich habe auch eine kleine Bevölkerungsfortschreibung und -szenarien berechnet, wie sich der Anteil der Älteren und die Bevölkerungszahl in den Regionen aufgrund der Zuwanderung entwickelt. Das Hauptergebnis ist, dass ob mit oder ohne dieser Zuwanderung von älteren Personen, die Situation in den Untersuchungsregionen sehr prekär ist. Die Alterung ist im Waldviertel und im Südburgenland sehr stark ausgeprägt, sodass man sich so wie so etwas überlegen wird müssen.

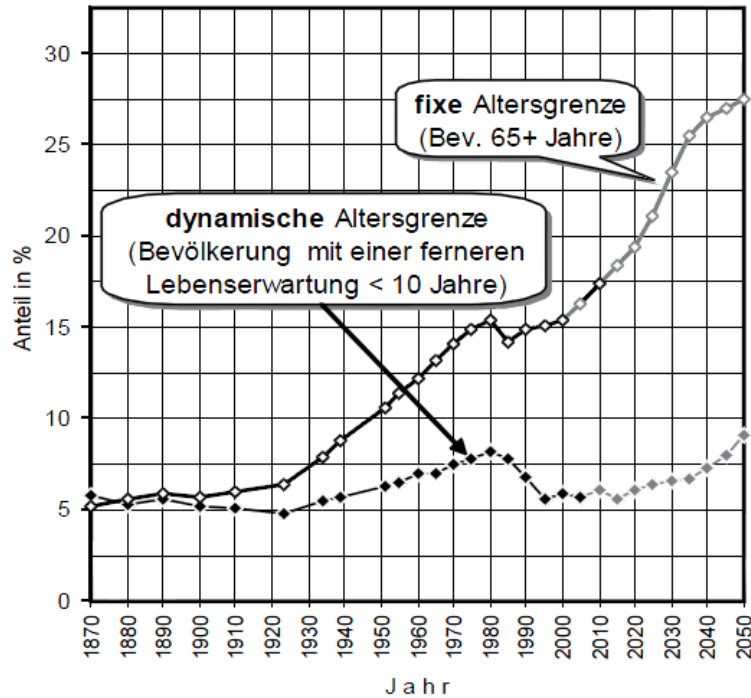
Was auch noch angeführt werden muss ist, ist die Frage, ob ein großer Effekt bei den Immobilienpreisen entstanden ist. Bei der Immobilienverfügbarkeit ist das schon der Fall. Es heißt immer wieder: *„die guten Lagen sind schon weg.“* So richtig angezogen hat der Immobilienmarkt, sowohl im Südburgenland als auch im Waldviertel, aber nicht.

Die peripher gelegene Gemeinde *Eberau* im Südburgenland hat die „Aktiven Alten“ als Zuwanderungspotential erkannt. Sie plant ein Projekt im Ortskern, das *Bauprojekt „Sonnen-Residenz“* mit 100 Wohneinheiten. Dieses relativ große Projekt soll Mitte/Ende 2018 fertiggestellt werden. Dabei wurden auch die Mehreinnahmen durchkalkuliert, wenn 100 bis 200 Personen einziehen. Hier standen für die Gemeinde die Ertragsanteile ganz stark im Fokus, ebenso wie die Arbeitsplätze.

V. Zusammenfassung

Ich hatte bereits zu Beginn erwähnt, dass es mir schwerfallen wird, die Frage zu beantworten, ob Aktives Altern eine Strategie sein kann für ländliche Räume. Generell muss man betonen, dass demographische Alterung sicherlich eine Herausforderung für alle Räume und Bereiche ist, für ländliche Räume vielleicht etwas stärker. Diese Herausforderung kann aber auch als Potential gesehen werden, einerseits auf persönlicher Ebene durch die zunehmende Langlebigkeit und bessere Gesundheit für längere Zeit. Dies ist natürlich eine positive Perspektive für uns alle und auch eine gesellschaftliche und individuelle Errungenschaft. Dieses ermöglicht auch im Alter eine größere Teilhabe in der Gesellschaft. Die sich ändernden Altersbilder bieten Potentiale für positive Betrachtung der demografischen Alterung. Was heißt schon diese Altersgrenze von 65? Dies verändert sich ja auch ständig. Wie alt ist man mit 65 nun tatsächlich? Man spricht ja auch von diesen neuen Lebensphasen des *„Dritten und Vierten Alters“* (vgl. *Baltes & Smith 2003*). Man hat eine Unterteilung von jungen Alten und alten Alten übernommen. Man darf dabei trotzdem nicht vergessen, dass durch die Definition des Alters neue Herausforderungen entstehen. Die geringer werdende Erwerbsbevölkerung ist sicher eine, die hier genannt werden muss. Das folgende Diagramm von *Kytir (2008, S. 55)* soll das nochmals untermauern. Wenn man sich dabei eine fixe Altersgrenze anschaut, dann steigt der Anteil der älteren Bevölkerung natürlich sehr dynamisch. Wenn man sich aber anschaut, wie viel Bevölkerung es mit einer ferneren Lebenserwartung von bis zu zehn Jahren gibt, dann tut sich nicht so viel. D.h. man muss die Alterung relational betrachten.

Grafik 6: Demografische Alterung in Österreich vom letzten Drittel des 19. bis zur Mitte des 21. Jahrhunderts unter der Perspektive einer „fixen“ und einer „dynamischen“ Altersgrenze



Quelle: Kytir 2008, BMSK, S. 55

Zur besonderen Eignung des Aktiven Alterns für den ländlichen Raum lässt sich so viel sagen, dass es diese Herausforderung an allen Orten gibt. Momentan kann man vielleicht schon sagen, dass dies eine gute Strategie ist. Nachdem diese „ungenutzten“ Potentiale, was z.B. das Ehrenamt und Nachbarschaftshilfe angeht, eher im ländlichen Raum ausgeschöpft werden, ist diese Strategie in einer Region wie dem Schneebergland vielleicht auch einfacher umzusetzen. Gerade SeniorInnen erkennen ländliche Räume als attraktiven Wohnort, ohne die Notwendigkeit dort einen Arbeitsplatz haben zu müssen und auch noch gesellschaftlich teilhaben, vielleicht auch noch gesünder leben zu können. Das ist aber irgendwie ein vorübergehender Befund, weil das natürlich auch von den derzeitigen Strukturen abhängig ist, was das Pensionsantrittsalter, aber auch die Pensionshöhe angeht. Und es ist auch daran geknüpft, dass die Gemeinden noch über eine gewisse Ausstattung verfügen. Die Gemeinden, die ich untersucht habe, mögen sie in unserer Bezeichnung auch ländlich-periphere Orte sein, waren trotzdem noch sehr vitale Orte mit einer relativ ansprechenden Versorgungsstruktur. Die Attraktivität ist auch daran geknüpft, dass dort z.B. ein Arzt oder ein Lebensmittelgeschäft vorhanden ist.

Diskussion

Semanek: Ich arbeite an einem Dissertationskonzept zur häuslichen Altenbetreuung. Was mir aus historischen Quellen seit den 1970er Jahren begegnet, als auch aus Erfahrungen aus meinem persönlichen Umfeld im Weinviertel, wo ich herkomme, ist was Sie ganz am Anfang zur Migration der VersorgerInnen-Generation der Eltern und Großeltern angesprochen haben, dass das eigentlich kein irreversibler Prozess ist. Die tauchen halt dann am Wochenende auf, um sich um ihre Eltern zu kümmern, einkaufen zu gehen usw. Zeichnet sich das in der Schneebergregion auch ab? Wie weit muss man peripher sein, dass das nicht mehr so passiert?

E. Gruber: Natürlich gibt es auch die Aussage: „*der kommt eh jedes Wochenende.*“ Wenn wir uns Migration aber generell anschauen, dann ist das Versorgungsproblem schon zunehmend. Personen ziehen heute

nicht nur nach Wien, sondern auch nach Brüssel oder sonst wohin. Dann wird es schon wieder schwierig hier am Wochenende bereit zu sein. Genauso kenne ich viele, meine eigene Elterngeneration miteingeschlossen, wo das Kümmeren um die Eltern zwar eine große Herausforderung ist, dies aber trotzdem versucht wird zu bewerkstelligen. Natürlich tut man das, aber leicht fällt es nicht. Man braucht vielleicht dafür auch die richtige Berufstätigkeit, um das machen zu können. Es wird beides immer geben. Aber ich kann mir aber schon auch vorstellen, dass dies schwieriger werden könnte. Ich kann hier aber jetzt dazu keine gesicherte Aussage mit irgendeiner Studie treffen.

Schaller: Ich finde das sehr spannend und bin auch über die Ergebnisse Ihrer Dissertation sehr erstaunt. Ich komme selber aus einem sehr kleinen Dorf. Meine Eltern sind auch Pensionisten und sie reden jetzt davon, dass sie im Moment, wenn sie immobil werden, in die Stadt wollen. Ich finde, das Altern auf dem Land hat durchaus nicht nur Vorteile. Haben Sie auch irgendwie in den Gesprächen gefragt, ob das vielleicht nicht auch eine gewisse Romantisierung als Hintergrund hat? Bei denen die zurückziehen ist es ja besser, weil die wissen zumindest, auf was sie sich einlassen. Aber werden sich die Zuziehenden dieses Risikos bewusst, dass man am Land am Ende vielleicht viel einsamer ist?

E. Gruber: Das hat vielleicht zwei verschiedene Komponenten. Man muss dazu sagen, ich kann das aber nicht quantitativ stützen, aber viele der Personen, mit denen ich gesprochen habe, waren auch daheim ungebunden. Sie kamen jetzt nicht aus einem starken familiären Versorgungsnetz. Entweder sie hatten keine Kinder, oder teilweise auch den Kontakt zu den Kindern abgebrochen. Viele waren auch neuverheiratet und wollten gemeinsam einen neuen Lebensstandort aufbauen. Da gab es oft kein soziales Netz, auf welches man sich verlassen hätte können. Es wurde auch die Frage nach der Zukunftsperspektive gestellt. Diese Frage ist genauso abstrakt wie: „*wieviele würden Sie bezahlen*“, wobei im Speziellen eine Familie bereits beim Hausbau ein Zimmer für die Pflegeperson eingerichtet hatte, die da später einmal einziehen wird. Die hatten einen Rohbau übernommen und ausgebaut. Teilweise gibt es das, manche sorgen vor, manche nicht. Eine Person hatte einen „*Second Move*“, eine assistenzorientierte Wanderung. Diese wanderte zunächst in eine ganz periphere Lage und zog später wieder in einen zentraleren Ort. Das muss aber nicht immer dorthin sein, woher man gekommen ist. In diesem Fall war das zunächst Peripherie im Waldviertel und dann der nächste Hauptort. Von dem her glaube ich schon, dass die regionalen Zentren wichtig sind. Was so gut wie alle Befragten verneint hatten ist, dass sie wieder an ihren ursprünglichen Wohnort zurückgehen würden. Sowohl bei den befragten Wienern als auch bei den Westösterreichern ist ein Rückzug in den meisten Fällen keine Option. Natürlich kann sich das auch wieder ändern. Aber ich nehme an es folgt eher ein anderer Plan als der, dass man wieder zurückgeht.

Rosenwirth: Haben diese Neuzugereisten Probleme, dass sie in der Gesellschaft aufgenommen werden? Es ist oft die Schwierigkeit, dass man zu den Einheimischen Anschluss findet, dass man immer ein Fremder und Aussätziger bleibt. Ist das durch diese Tätigkeiten in den Vereinen leichter passiert?

E. Gruber: Das hängt ein bisschen mit der Herkunft zusammen. In den qualitativen Ergebnissen zeigt sich, dass man die Tiroler lieber sieht als die Wiener. Die Tiroler tun sich auch leichter mit dem aufgenommen werden. Ich weiß nicht, woran das genau liegt. Ich habe da sehr positive Geschichten gehört, dass da gleich jemand vorbeigekommen ist. Es gab da sogar eine Geschichte von Personen, die eine Kapelle abgerissen haben und trotzdem positiv aufgenommen wurden. Das ist sehr unterschiedlich und sicher auch abhängig von der Dorfgemeinschaft, hängt aber unmittelbar damit zusammen, wie die Personen sich wohlfühlen, wie sich jemand integrieren kann. Wie jemand teilhaben kann, hängt in erster Linie mit der Aufnahme zusammen. Aber natürlich gibt es gewisse Stereotypen. Ein Wiener Paar, das keinen Waldviertel-Bezug hatte, half sich da oft aus mit: „*ich bin eh aus dem Waldviertel*.“ – weil die Großeltern aus der Region stammten. Das hilft dann schon, wenn man einen Hintergrund hat. Wenn man nur aus Wien ist, dann ist das schon eher schwierig. Beispielsweise gab es da eine Geschichte von einem Ehepaar, das sich ein Grab kaufen wollte und denen dann der Grabkauf an einer bestimmten Stelle

verwehrt wurde. Die Dorfgemeinschaft wollte das nicht, obwohl diese wirklich viel in der Gemeinde tut und auch vereinsmäßig aktiv sind. Das hat ihnen schlussendlich gezeigt, dass sie anscheinend doch nie so richtig aufgenommen wurden.

Manzenreiter: Vielen Dank, dass Sie auch Japan angesprochen haben. Wir beschäftigen uns schon seit langem mit den Folgen und Konsequenzen des demografischen Wandels einer der am weitesten fortgeschrittenen Gesellschaften. In dieser Hinsicht sind diese Themen im öffentlichen Bewusstsein, in der Diskussion und natürlich auch im Alltag überall zu spüren. Unser Interesse am ländlichen Raum in Japan ist vergleichsweise jung, das geht nur wenige Jahre zurück. Wir werden aber permanent mit dieser Thematik konfrontiert, in den unterschiedlichsten Dimensionen. Die Frage, die gerade *Rosenwirth* gestellt hat, haben wir natürlich auch angesichts der Motive, die hier aufgelistet worden sind, die Anbindung an das Sozialgefüge, in dem man teilhaben kann, die Mitarbeit, die Aufnahme, die natürlich irgendwo gewissermaßen auch schablonenhaft in den Köpfen der Leute existieren. Das kann sich aber ganz anders auswirken. Für Japan hat das vielleicht auch sehr stark damit zu tun, dass die Anwesenheit in einem Haus viel mit sozialen Verpflichtungen zu tun hat, mit der Teilhabe an der Bewirtschaftung von gemeinschaftlich genutzten Flächen, mit der Aufrechterhaltung von Infrastrukturmaßnahmen, die in anderen Ländern vielleicht der Staat oder die Gemeinde übernehmen, die aber dort noch sehr stark autonom organisiert werden oder parallel zu öffentlichen Versorgungseinrichtungen existieren, aber letztendlich, was diese Kluft angeht zwischen der Erwartung teilhaben zu können und den Möglichkeiten und Grenzen, die einem gesetzt werden. Klarerweise muss man teilnehmen, weil das von allen Seiten von den *Out-Residents* (Neuankommenden) erwartet wird. Aber bei der Akzeptanz, Mitglied einer Siedlung zu sein, der Nachbarschaft, des Viertels, haben wir eigentlich immer das gleiche gefunden. Dabei ist es ganz egal, ob es um kleindörfliche Siedlungsstrukturen geht, um Dörfer oder Kleinstädte. Dreißig Jahre reichen nicht aus, selbst wenn man dort vor Ort geboren oder frühsozialisiert wurde bis zum Berufseintritt. Wenn man den Großteil des Berufslebens woanders verbracht hatte, ist man ein Außenseiter, jemand von draußen.

E. Gruber: Wichtig ist, was Sie jetzt angesprochen haben, natürlich auch das Motiv der Idealisierung des ländlichen Raums bei solchen Zuwanderungen. Es gibt ja auch das Konzept des *Rural Idylls* (der ruralen Idylle), welches Vorstellungen und Erwartungen beschreibt, die an den ländlichen Raum gestellt werden. Die Teilhabe, die man da am sozialen Gefüge haben kann, ist dabei auch ein Faktor. Das kann schon auch ins Gegenteil umschlagen, wenn einem die Teilhabe verwehrt wird. Es kann sein, dass das im Südburgenland durch diese westösterreichische Zuwanderung anders konfiguriert ist. Ich würde aber meinen, dass das Südburgenland schon einen anderen Charakter hat, weil es hier viele Personen mit einer eigenen Migrationsgeschichte gibt. Viele haben Geschwister, die weggezogen sind. Teilweise gibt es auch bei den Zurückgekehrten eine südburgenländische Geschichte, dass vielleicht der Vater oder die Mutter von dort sind. Da kann man sich damit wieder ein bisschen anbinden. Mein Befund wäre schon, dass es vielleicht in manchen Regionen einfacher funktioniert als in anderen Regionen. Das Waldviertel ist sicher keine einfache Region. Dort ist es sehr schwierig, v.a. wenn man als Wiener zuzieht. Es hat aber auch gezeigt, dass wenn man sich bemüht, etwas erreichen kann, wenn man dieses Durchhaltevermögen hat. Das muss man dann natürlich auch unbedingt wollen, was dann auch wieder oft mit der eigenen Vorstellung, mit der eigenen Erwartungshaltung und dieser Wunscherfüllung zusammenhängt. Für viele muss das dann auch einfach funktionieren, wenn sie wo anders alle Zelte abgebrochen haben.

Manzenreiter: Mein Kollege *Lützelner* könnte als Demograph aus der quantitativen, statistischen Perspektive da sicher etwas hinzufügen. Meines Wissens nach gibt es in Japan auch eine Art von Rückmigration, die dann anfängt, wenn man dieses positive Potential ausgeschöpft hat von der Selbstverwirklichung, dieses „Zweites Leben“, des *Active Ageing*. Wenn man dann in diese fortgeschrittene Phase des Alterns, in dieses hohe Alter mit entsprechender Pflegebedürftigkeit, Anfälligkeit und Abhängigkeiten hineinkommt, folgt vielleicht wiederum eine Rückmigration in

städtische Strukturen, wo Familienanbindung erwartet wird und eine bessere Infrastrukturversorgung gegeben ist. Kann man das in Österreich auch beobachten?

E. Gruber: In Österreich ist es so, dass es v.a. nicht die Großstädte sind, die davon profitieren, sondern was sich ganz klar zeigt, dass es Suburbane Bereiche sind und kleinere regionale Zentren, was aber auch deshalb nicht überrascht, wenn man sich anschaut, wo solche institutionellen Pflegeeinrichtungen sind. Diese sind in Österreich vermehrt in den suburbanen Bereichen zu finden. Circa ab dem Alter 70 sieht man in den altersspezifischen Wanderungssalden eine Zunahme der Wanderungsintensität, was auf diese *Second Move*, dieser assistenzorientierten Wanderung zurückzuführen ist.

Spreitzer: Ich bin nicht so überzeugt wie Sie, dass der demografische Trend, den es derzeit gibt, unumkehrbar ist. Es kann Ereignisse geben, wie z.B. Kriege, die zu ganz anderen demografischen Entwicklungen führen. Man hat das in Österreich gesehen, dass auch größere Wanderungsbewegungen die demografische Zusammensetzung stark ändern können. Ein wichtiger Grund für Wanderung in die eine oder andere Richtung ist offensichtlich die Arbeit. Die Abwanderung hat sehr stark mit wirtschaftlichen Gründen zu tun. Das was man Menschen aus anderen Ländern vorwirft, dass sie aus wirtschaftlichen Gründen zu uns kommen, ist in Österreich weit verbreitet, wenn man die Wanderung von den ländlichen Gebieten in die Zentren betrachtet. Es gibt einerseits eine Abnahme der Erwerbsbevölkerung, andererseits gibt es aber auch eine Zunahme der Erwerbslosigkeit. Das Potential der Erwerbsbevölkerung kann man aber auch steuern, indem man z.B. das Pensionsalter hinaufhebt oder Möglichkeiten einer Frühpensionierung unterbindet. *Active Ageing* war eine große EU-Kampagne. Ich sehe das ähnlich wie andere Soziologen. *Stephan Lessenich* (in: *Denninger et al. 2014*) oder in Wien *Anton Amann* (1989) sehen im Altern eher ein ideologisches Konstrukt. Im Wesentlichen geht es glaube ich dabei um eine Mobilisierung der Arbeitskraft, sei es bezahlt oder unbezahlt. Sie haben die ehrenamtlichen Tätigkeiten erwähnt. Es wird sehr geschaut, dass man das Ehrenamt in der Pflege von Pflegebedürftigen unterbringen kann. Da wären wir dann bei der Teilhabe. Sie haben das Beispiel vom Roten Kreuz Fahrer gebracht, der dadurch mehr Lebenssinn kriegt, was ich durchaus auch glaube. Die gesellschaftliche Teilhabe von älteren Menschen wird an und für sich aus meiner Sicht nicht besonders gefördert. Es ist eigentlich nicht der Wunsch, dass sich diese gesellschaftspolitisch einmischen. Es gibt in Österreich den Seniorenrat. Einen sehr großen Einfluss hat der aber nicht.

E. Gruber: Diesem Befund stimme ich durchaus zu. Ich habe auch versucht zu unterstützen, dass vielleicht in einer „kleinteiligeren Gesellschaft“ – so wurde es in meiner Studie genannt – eher funktioniert. Das sagt ja auch viel darüber aus, dass man sich in einem anderen Umfeld überhaupt nicht mehr wertgeschätzt fühlt. Das spricht ja eher für den Befund. Sobald man die Pension erreicht hat, fällt man in ein tiefes Loch und weiß nichts mehr mit sich anzufangen. Man kann selber nichts mehr bieten und gleichzeitig nicht mehr teilhaben. Ich sehe das als Unterstützung dieses Befundes, dass man sogar komplett wegziehen muss, um sich noch irgendwie lebenserfüllend zu betätigen. Für meine Generation kann ich nur hoffen, dass das Pensionsalter irgendwann vielleicht angehoben wird, weil natürlich hier ein *Mismatch* (Ungleichgewicht) ansteht. Da kann ich gleich auch diese Irreversibilität ansprechen. Der Hauptgrund, warum die Gesellschaft so stark altert, ist ja auch ein strukturelles Problem, dem wir entgegensehen. Die Kohorten des *Baby-Booms* bewegen sich jetzt in Richtung des Pensionsalters. Das führt zu einer zunehmenden Alterung. Dieser Bevölkerungsrückgang ist sicher irreversibel. Er schafft einen Bauch, der sich in der Alterspyramide hocharbeitet. Das kann man jetzt auch mit mehr Geburten nicht mehr ausgleichen. Die natürlichen Prozesse der Demographie haben immer einen Generationeneffekt, sogar wenn von jetzt an alle Frauen zwei Kinder bekommen würden. Bis sich das in unserer Demographie widerspiegelt, dauert das halt sehr lange und würde sogar zunächst auch Probleme schaffen, indem die Kosten für Sozialausgaben noch höher anstiegen. Von dem her ist es schon so ein irreversibler Prozess. Es kann aber natürlich sein, dass ein ganz neuer Prozess entsteht, der wieder etwas anderes bedeutet. Aber dieser starke Geburtenrückgang hat zu einer Struktur geführt, die wir nicht mehr

so schnell loswerden, außer es gibt eine massenhafte *Retirement Migration* aus Österreich hinaus. Davon ist aber nicht auszugehen.

Psihoda: Ich forsche auch zu Pensionsübergängen. Können Sie etwas über den sozioökonomischen Background der Personen erzählen, die Sie interviewten? Haben Sie auch individuelle und kontextuelle Ungleichheiten in Ihrer Dissertation behandelt? Personenbezogen, d.h. wer wurde interviewt, sowie Hintergründe und Kontexte, z.B. welche Strukturen haben die Gemeinden, wohin diese Personen wandern? Konnten Sie herausfinden, wie die Planung des Schrittes im Leben der Menschen vonstattenging in Bezug auf den Übergang in den Ruhestand? Hat das lange gebraucht oder war das kurz vor dem Übergang in den Ruhestand?

E. Gruber: Ich habe dazu leider keine gesicherten Ergebnisse, aber ich versuche aus der qualitativen Perspektive zu antworten. Wenn man sich die Planung im Lebensverlauf ansieht, dann war das für viele schon ein „Lebenstraum“. Bei vielen, die ursprünglich aus einem etwas weniger verdichteten Setting gekommen sind, war das auch mit Nostalgie verbunden. Einige hatten auch in einem wenig dicht besiedelten Bereich gebaut, der dann aber zunehmend dichter geworden ist, weil sich die Umgebung verändert hat. Da gab es dann den Wunsch wieder in eine weniger verdichtete Region zu ziehen. Trotz Traum und Planung war die Pensionierung selber bei einigen eine relativ überraschende Geschichte, weil sie frühpensioniert wurden oder durch Krankheiten früher in Pension gegangen sind. Dann war dieses „aha, jetzt können wir das ja machen.“ Also, dieser Traum ist dann irgendwann einmal realisierbar geworden. Bei einigen war das vielleicht auch eine Nachahmung. Die hatten schon Bekannte, die diesen Umzug gemacht hatten. Es ist schon sehr unterschiedlich, aber die Literatur besagt das auch, dass ein früherer Pensionsantritt schon auch entscheidend ist und auch diese Übergangsphase in die Pension, weil man vielleicht auch schon flexiblere Arbeitszeiten hat. Was zum sozioökonomischen Setting passt, ist dass die Ruhestandsmigration meist ein Paarbeschluss ist. Die Partner entscheiden das gemeinsam. Ich habe ganz wenige einzelne Personen gefunden, die sich dafür entschieden haben. Oft ist es so, dass ein Partner bereits früher wegzieht und vorbereiten kann. Natürlich sind es auch Personen, die eine halbwegs gute und geregelte Pension zur Verfügung haben. Es sind jetzt keine Mindestpensionisten. Unter meinen Befragten waren zum Beispiel Beamte oder Lehrer. Ich hatte aber kein repräsentatives quantitatives Sample, zudem wurden die Befragten von der Gemeinde vermittelt bekommen. Wahrscheinlich sind da die positiven Fälle etwas überrepräsentiert. Diesen Bias muss man dabei berücksichtigen. Viele wussten überhaupt nicht wo sie da hinkommen. Es ging ihnen dabei nur um die Immobilie. Das ist etwas, was da im Vordergrund steht. Ich hatte da z.B. auch ein Paar, das international zugewandert ist. Die hatten nur eine Anzeige gesehen. Die hatten keine Ahnung vom Südburgenland. Bei der räumlichen Struktur ist das Haus selber und die Leistbarkeit entscheidend.

Machold: Ich möchte nochmals auf die gesellschaftliche Teilhabe zurückkommen, weil das war bei ja beiden Untersuchungsregionen ein Grund, warum sie da gerne wohnen. Ich denke, man muss einmal definieren, was unter gesellschaftlicher Teilhabe von den einzelnen Befragten verstanden wird. Sind das die traditionellen Vereine, ist es das Ehrenamt oder kann es auch sein, dass man sich als Anders-Denkende und Von-Außen-Kommende informell zusammenschließt und daraus vielleicht auch etwas Neues entstehen kann? Das wäre so zu sagen auch ein Input oder eine Innovation für diese ländlichen Gemeinden. War das *Active Ageing* bzw. das Aktive Altern in der Dissertation über die Ruhestandsmigration ein Thema? Konnte man das dann auch nachvollziehen? Gibt es so etwas wie ein Aktives Altern? Was wären denn die offenen Forschungsfragen aus Ihrer Sicht?

E. Gruber: Gesellschaftliche Teilhabe ist nicht nur das Institutionelle, sondern einfach der allgemeine Umgang. Viele haben diesen als sehr unkompliziert beschrieben. Die Nachbarn sind gekommen und hätten an der Tür geklopft. Man war nicht gleich irgendwie der Aussätzige, was sich viele erwartet hatten. Es war der Umgang mit den Nachbarn und nicht nur auf die Vereine bezogen. Vielleicht sucht man sich das institutionalisierte Vereinswesen, wenn die Integration und der Umgang mit den Nachbarn

nicht so gut funktioniert, d.h. dass man den Schritt über die Vereine probiert. Das Informelle ist aber schon das Wichtigere. Den Begriff der gesellschaftlichen Teilhabe müsste ich für eine weitere Untersuchung sicher näher präzisieren, da ich das in dieser Forschung nicht mit einer Theorie untermauert habe. Das Aktive Altern ist auf jeden Fall schon eine neue Möglichkeit. Die Personen sind ja nicht wirklich alt. Viele waren bereits Mitte Fünfzig in Pension gegangen, aber auch Personen mit Mitte Sechzig sind noch sehr aktiv. Vielleicht hat ein Partner gesundheitliche Probleme, aber trotzdem, da gibt es keinerlei Einschränkungen zu dem Zeitpunkt, wo die Personen hinausziehen. Ich glaube schon, dass dies ein Befund der Zunahme der Langlebigkeit ist. Irgendwie ist die Ruhestandsmigration auch ein Produkt der demografischen Alterung. Zu den offenen Forschungsfragen ist anzumerken, dass viel mehr Interviews durchgeführt werden sollten, vielleicht auch in anderen Regionen. Ich hatte den ostösterreichischen Raum ausgewählt, weil es da mit dem Tourismus weniger Konflikte gibt. Auch diese Gegenüberstellung mit anderen Regionen wäre sehr interessant, wo die Grundstückspreise wegen touristischer Nutzung sich nochmals anders darstellen, wo es das Phänomen aber auch gibt. In Westösterreich gibt es auch genügend Orte, wo internationale Ruhestandszuwanderung passiert, wo vielleicht auch nochmals ganz andere Eingriffe stattfinden. Holländische Ruhestandswanderung nach Salzburg wäre vielleicht auch ein spannendes Thema.

Die **nächste Sitzung** der **Arbeitsgemeinschaft ländliche Sozialforschung** findet am **Freitag, 16.11.2018 10.00 Uhr s.t.** an der Bundesanstalt für Bergbauernfragen statt, 1030 Wien, Marxergasse 2/Mezzanin. Folgende Beiträge stehen auf dem Programm:

G. Jasper & M. Putzing (SÖSTRA Institut für sozialökonomische Strukturanalysen Berlin): Die Erwerbssituation von Frauen in ländlichen Regionen unter dem Einfluss der Digitalisierung

Dr^a. Gerda Jasper studierte in Weimar Agraringenieurökonomie und in Jena sowie Halle/Saale Wirtschaftswissenschaften. Sie promovierte zu internationalen Wirtschaftsbeziehungen und habilitierte sich zum Thema Strategien des Wandels der Arbeit. Ihre Forschungsthemen bei der Unique - Gesellschaft für Arbeitsgestaltung, Personal- und Organisationsentwicklung sowie im Berliner Forschungsinstitut SÖSTRA (Institut für Sozialökonomische Strukturanalysen) waren bzw. sind Fragen des demographischen Wandels, der Bildungsforschung sowie der Erwerbstätigkeit und Karriere von Frauen - in den letzten Jahren vor allem von Frauen im ländlichen Raum.

Dr^a. Monika Putzing hat in Berlin Wirtschaftswissenschaften studiert und auf dem Gebiet der internationalen Wirtschaftsbeziehungen promoviert. Seit vielen Jahren ist sie im Berliner Forschungsinstitut SÖSTRA (Institut für Sozialökonomische Strukturanalysen) tätig und beschäftigt sich mit verschiedenen arbeitsmarktpolitischen Themen. Zu einem ihrer Schwerpunkte gehört die Erwerbsbeteiligung von Frauen, insbesondere von Frauen in ländlichen Regionen.

Chr. Altenbuchner (Universität für Bodenkultur, Wien): Auswirkungen der biologischen Baumwollproduktion auf landwirtschaftliche Haushalte in Tansania, Indien und Peru

Dr^a. Christine Altenbuchner studierte Umwelt- und Bioressourcenmanagement an der Universität für Bodenkultur in Wien und ist dort seit 2012 als Senior Lecturer am Institut für nachhaltige Wirtschaftsentwicklung tätig. Ihre Lehr- und Forschungsschwerpunkte sind Umwelt- und Agrarsoziologie, Sustainability Assessments sowie Ländliche Entwicklung unter besonderer Berücksichtigung von Genderaspekten. 2017 promovierte sie im Bereich Entwicklungsforschung und Nachhaltigkeit mit regionalem Schwerpunkt auf Indien und Ostafrika.

Literaturhinweise

- Horowitz, John Keith; McConnell, Kenneth (2003): Willingness to Accept, Willingness to Pay and the Income Effect, *Journal of Economic Behavior & Organization*, Vol. 51, No. 4, pp. 537–545, Elsevier B.V., Amsterdam.
- Kosko, Bart (1986): Fuzzy Cognitive Maps. *International Journal of Man-Machine Studies*. No. 24, pp. 65–75, Elsevier B.V., Amsterdam.
- Lütters, Holger (2004): Online-Marktforschung: Eine Positionsbestimmung im Methodenkanon der Marktforschung unter Einsatz eines webbasierten Analytic Hierarchy Process (webAHP), Wiesbaden.
- Pakes, Ariel (2014): Behavioral and Descriptive Forms of Choice Models, NBER Working Papers 20022, National Bureau of Economic Research, Inc., Cambridge MA (USA).
- Polanyi, Karl (1978, erst. 1944): The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, Suhrkamp, Frankfurt am Main.
- Saaty, Thomas L. (2001): Decision Making for Leaders – The Analytic Hierarchy Process for Decisions in a Complex World. 3. Auflage, RWS Publishing, Pittsburgh.
- Sen, Amartya (2000): The Discipline of Cost-Benefit Analysis. In: *Journal of Legal Studies* 29 2 (2000), The University of Chicago Press Journals Division, Chicago.
-
- Amann, Anton (1989): Die vielen Gesichter des Alters: Tatsachen – Fragen – Kritiken, Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei, Wien.
- Baltes, Paul B.; Smith, Jacqui (2003): New Frontiers in the Future of Aging: From Successful Aging of the Young Old to the Dilemmas of the Fourth Age. In: *Journal of Gerontology*, Vol. 49, pp. 123–135, Oxford University Press, Oxford.
- Bauer, Ramon; Gruber, Elisabeth; Heintel, Martin (2013): Demographie-Check als Planungsgrundlage für Regionalentwicklung: LEADER-Region Waldviertel-Süd-Nibelungengau. In: *Das Waldviertel. Zeitschrift für Heimat- und Regionalkunde des Waldviertels und der Wachau*. Vol. 62, Nr. 4/2013, pp. 433-455, WHB Waldviertler Heimatbund, Horn.
- Baumgartner, Katrin; Kolland, Franz; Wanka, Anna (2013): Altern im ländlichen Raum. Entwicklungsmöglichkeiten und Teilhabepotentiale, Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart.
- Denninger, Tina; van Dyk, Silke; Lessenich, Stephan; Richter, Anna (2014): Leben im Ruhestand. Zur Neuverhandlung des Alters in der Aktivgesellschaft, Transkript Verlag, Bielefeld.
- Europäische Kommission (2014): Aktives Altern. Definition, Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration, Brüssel.
- Feldhoff, Thomas (2011): Retirement Migration and the (Re)population of Vulnerable Rural Areas: a Case Study of Date City (Hokkaidō, Japan), University Duisburg-Essen.
- Gruber, Elisabeth (2017): Im Ruhestand aufs Land? Ruhestandsmigration und deren Bedeutung für ländliche Räume in Österreich. *Ländliche Räume: Beiträge zur lokalen und regionalen Entwicklung Band 2*. LIT Verlag GmbH & Co.KG, Wien.
- Gruber, Elisabeth; Kobras, Martina; Kordel, Stefan (2018): Lifestyle Migration als Potenzial für ländlich-periphere Gebiete Europas? Die Bewertung wirtschaftlicher und sozialer Auswirkungen aus der Perspektive der Zuwanderer und lokaler Akteure in Frankreich, Österreich und Spanien. In: *Europa Regional*, 25 (1) Leibniz-Institut für Länderkunde (in Druck), Leipzig.
- Gruber, Kathrin; Gruber, Elisabeth (2015): Aktives Altern in der Region Schneebergland. Gesellschaftliche Herausforderungen des demografischen Wandels in ländlichen Regionen. In: *SWS-Rundschau*, Nr. 03/2015, pp. 306-326, Wien.
- Hiess, Helmuth; Dax, Thomas; Fidschuster, Luis; Fischer, Michael; Oedl-Wieser, Theresia (2017): Österreichische Regionen mit Bevölkerungsrückgang. Analysen und Handlungsempfehlungen. ExpertInnenpapier erarbeitet im Rahmen der ÖREK-Partnerschaft „Regionen mit Bevölkerungsrückgang“ (federführende Partner: Bundeskanzleramt, Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Land Tirol), Rosinak & Partner, Bundesanstalt für Bergbauernfragen, ÖAR Regionalberatung GmbH, Wien.
- Kytir, Josef (2008): Demografische Entwicklung. In: Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz (BMSK): Hochaltrigkeit in Österreich. Eine Bestandsaufnahme, S. 45-73, Wien.
- Lesthaeghe, Ron D.; Van de Kaa, Dirk J. (1986): "Twee demografische transitities?" (Two demographic transitions?) In: Lesthaeghe & Van de Kaa (Eds): *Bevolking - Groei en Krimp, Mens en Maatschappij*, Van Loghum Slaterus, pp. 9-24, Deventer.

- Murakami, Kayo; Rose; Gilroy; Atterton, Jane (2010): The Regenerative Power of Older Migrants? A Case study of Hokkaido, Japan. In: *Research in Rural Sociology and Development*, Vol. 16, eds. Bonanno, Alessandro; Bakker, Hans; Jussaume, Raymond; Kawamura, Yoshio, Shucksmith, Mark, pp. 155-168. Bingley: Emerald.
- Van de Kaa, Dirk J. (1987): Europe's Second Demographic Transition. In: *The Population Bulletin*, March 1987, Washington, D.C.
- Regionalverband Industrieviertel: <http://www.industrieviertel.at/projekte/active-ageing/projekt-active-ageing-endet-erfolgreich-mit-nachhaltigen-produkten>